

04.06



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Genpflanzen-Zulassung ohne Prüfung  
Strukturfonds gefährden Biodiversität  
Enttäuschendes Grünbuch Energiepolitik  
Trinkwasser-Privatisierer auf dem Rückzug?**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 15 (2006), Heft 04  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

#### DNR Geschäftsstelle Berlin/

#### EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin

Nika Greger (ng), Bjela Vossen (bv),  
Marion Busch (mbu), Tinka Lutz (tl),  
Thomas Frischmuth (tf), Deborah  
Bernsdorf (db), Ulrike Tröger (ut),  
Matthias Bauer (mb), Juliane Grüning (jg)  
Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80  
eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

#### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte  
Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion muss sich  
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung  
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen  
gezeichnete Beiträge geben nicht unbeding-  
t die Meinung der Redaktion bzw. des  
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss  
ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.  
Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Verheugen verrät EU an Konzerne

### Liebe Leserinnen und Leser,

nach langen europäischen Diskussionen und Multistakeholder-Befragungen hat die EU-Kommission ihre Mitteilung zur Unternehmensverantwortung vorgelegt, in der sie ein europäisches Bündnis für soziale Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR) unterstützt.

In Zeiten der uneingeschränkten Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und der Entbürokratisierung verwundert es nicht, dass mit diesem Bündnis weder die sozialen noch die ökologischen Bedingungen in der EU eine stärkere Berücksichtigung finden werden. CSR gesehen mit der Verheugen-Brille bedeutet nichts anderes, als eine Möglichkeit für Unternehmen, Win-Win-Situationen zur Profitmaximierung zu etablieren. Aus diesem Grund waren Umwelt- und Sozialverbände wohl auch nicht geladen, als es um Gründung und Vorstellung dieses neuen Bündnisses ging - anwesend war dafür der Industrieverband UNICE, der dann auch brav seine eigenen Lobbybemühungen lobte und der EU-Kommission bescheinigte, eine starke, aber sorgfältig ausgewogene Verbindung zwischen CSR und der Strategie für Jobs und Wachstum hergestellt zu haben. UNICE wird noch deutlicher und bemängelt einige der Abschnitte der Mitteilung, die „interpretiert werden müssen als Zugeständnisse an andere Interessengruppen, die allerdings kaum ernsthafte Auswirkung haben werden.“

So bleibt alles beim alten und langsam muss man sich fragen, warum die EU-Kommission sich noch die Mühe gibt, im CSR-Prozess andere Stimmen außer der Industrie anzuhören, anscheinend ging es immer nur um kurzfristige Wachstums- und Wettbewerbslogik. Verantwortung, Nachhaltigkeit und verbindliche Regeln scheinen demgegenüber bei der jetzigen Kommission nicht mehr gefragt.

Vielmehr zementieren Verheugen und Co. ein weiteres Mal die Vorherrschaft der (ökonomisch) Stärkeren und nehmen einem Großteil der Welt die Chance auf eine nachhaltige Entwicklung. Es muss eine rechtlich verbindliche Möglichkeit geben, Konzerne für Umweltzerstörungen und soziale Diskriminierungen haftbar zu ma-

chen. Nur so kann die Verantwortung der Unternehmen gegenüber Umwelt und Gesellschaft gesichert werden. Wer, wenn nicht Europa könnte in diesem Bereich voran gehen und beispielsweise Haftbarkeit im Schadensfall, Offenlegung von Umweltdaten oder weltweit das Einhalten internationaler Abkommen zu Umwelt, Entwicklung und Menschenrechten sichern.

Dazu allerdings müsste Verheugen begreifen, dass Unternehmen nur selten freiwillig und altruistisch im Sinne des Gemeinwohls handeln. Durch seinen Schmutzsekurs mit der Industrie leistet er nicht nur Umwelt- und Sozialstandards einen Bärendienst, sondern schadet auf Dauer auch dem Ansehen der EU als Gesamtkonstrukt bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich mehr Verbindlichkeiten und Pflichten für Unternehmen zum Schutz der Gesellschaft wünschen.

Um ernsthaft die negativen Auswirkungen von Unternehmen auf Umwelt-, Sozial- und Menschenrechte einzudämmen, müssten folgende Punkte bei der neuen CSR-Partnerschaft berücksichtigt werden:

- Allgemeine Pflichten für Unternehmen zum Schutz von Umwelt und Gesellschaft und hohe Standards für Unternehmensverhalten,
- Soziale und ökologische Berichtspflichten,
- Umsetzung internationaler Standards und Prinzipien wie etwa Vorsorge- und Verursacherprinzip,
- öffentliche Kontrolle natürlicher Rohstoffe und damit verbunden die Konsultationspflicht mit Betroffenen, die dem geplanten Projekt zustimmen und für Beeinträchtigungen gerecht entschädigt werden müssen,
- Recht auf Wiedergutmachung und Schadenersatz von direkt betroffenen Personen und Gemeinden, außerdem Ausweitung der Haftpflicht auf Firmenchefs bei Verstoß gegen nationale oder internationale Gesetze und Vereinbarungen.

Wie lange die Kommission mit ihrem Vize Verheugen an der Spitze noch weitere gesellschaftliche Gruppen und Interessensvertreter/innen über Sozialverbände, Umweltgruppen bis hin zu Gewerkschaften ignorieren will, ist nicht bekannt. Was hingegen seit Vorlage der Kommissionsmitteilung bekannt ist, ist, dass die Kommission fünf Jahre Diskussion und Konsultation in die Tonne getreten und sich für eine

platte und unverbindliche Wiederholung von längst Gesagtem und Gehörtem entschieden hat. Die Kommission will, dass europaweit eine CSR-freundliche Umgebung geschaffen wird, über konkrete Maßnahmen und Hilfestellungen z.B. zum Thema öffentliche Beschaffung schweigt sie sich aus. Was bleibt, ist das Gefühl, dass die Kommission sich in alle Richtungen lächerlich gemacht hat: Sozialverbände und NGOs werden nicht weiter für einen Dialog zur Verfügung stehen, an dessen Ende die Positionen nicht in die Ergebnisse einfließen und auch die Industrie wird sich mit unverbindlichen Konzeptvorschlägen nicht auf eine weitere Debatte einlassen (müssen). Bedauerlicherweise ist Europa dabei, Dank Verheugens mangelnden Visionen die wirkliche Wettbewerbschance global zu verschlafen: will Europa sich ernsthaft dem Wettbewerb stellen, dann ist es wohl Zeit, auf Qualität und nicht auf Niedriglöhne, schwache soziale Standards und die immer weitere Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu setzen.

Viel Vergnügen beim Lesen unseres EU-Rundschreibens wünscht Ihnen

Nika Greger, DNR Berlin, Leiterin EU-Koordination

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Verheugen verrät EU an Konzerne

## 5 Global

- Weltbank: Neue Ethik-Richtlinien
- Newsticker

## 6 EU-Politik, Recht

- Umweltministerrat 9.3.: Luftgüte, Gentechnik, Hochwasser
- NGOs kritisieren Entwurf zur Unternehmensverantwortung
- Newsticker

## 8 Abfall, Produktpolitik

- Urteil zu Mülltransporten
- Elektrogeräte: Firmen wollen Sonderregeln durchsetzen
- Newsticker

## 9 Agrarpolitik, Gentechnik

- Genmais 1507 genehmigt
- EU-Zulassungsverfahren für Gentech-Pflanzen in der Kritik
- Kennzeichnungspflicht für Gentech-Exporte erst ab 2012
- Newsticker

## 11 Chemikalien, Emissionen

- REACH: Erste Lesung abgeschlossen
- REACH auch ökonomisch sinnvoll
- Probedurchlauf für REACH
- Quecksilberresolution des EU-Parlaments
- Newsticker

## 13 Energie, Klima

- Grünbuch Energiepolitik enttäuscht Klimaschützer
- Eine Million Europäer/innen gegen Atomenergie
- Steuer auf Flugtickets in Frankreich
- Newsticker

## 15 Naturschutz, Biodiversität

- H5N1: Verbreitung durch Geflügelindustrie
- EU-Strukturfonds gefährden Artenvielfalt
- PEBLDS-Konferenz: EU-Biodiversitätsziel gefährdet
- Newsticker

## 18 Verkehr, Tourismus

- Straßensicherheits-Aktionsprogramm ohne durchgreifende Wirkung
- Verkehrs-Energieverbrauch zu hoch
- Deutscher Vorstoß zur EURO-5-Norm
- Newsticker

## 20 Wasser, Meere

- 4. Weltwasserforum: Schwingt das Privatisierung-Pendel zurück?
- Neue Badegewässer-Richtlinie
- Debatte über Grundwasser-Richtlinie
- Aktionsplan zur Rettung der Ostsee
- Hilfe für die Fischereiflotte
- Newsticker

## 24 Service

- Internetseite vernetzt junge Umweltschützer/innen
- EU-Umwelt-Termine
- Tagesordnungen der EU-Ministerräte, Hintergrundinformationen

## Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Gentechnik und Biodiversität (separate Heftung)

## Weltbank verabschiedet neue Ethik-Richtlinien

### NGO-Kritik: Umwelt- und

### Sozialstandards werden geschwächt

Der Verwaltungsrat der Weltbank hat im Februar die neuen Umwelt- und Sozialstandards seiner Privatsektor-Tochter IFC<sup>1</sup> verabschiedet. Die zur Weltbank-Gruppe gehörende IFC unterstützt private Investitionsvorhaben in Entwicklungs- und Schwellenländern. Nach Ansicht unabhängiger Expert/innen und Nichtregierungsorganisationen bedeutet das für die Entwicklungsländer eine Abschwächung ethischer Richtlinien, die bei der Finanzierung von Großprojekten eigentlich eingehalten werden sollen.

### Prüfung von Großprojekten jetzt nur noch durch Unternehmen selbst

Während IFC vorgibt, mit den neuen Standards zu einer geringeren Umweltbelastung beizutragen und eine bessere Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinden zu fördern, kritisiert Urgewald die nahezu völlige Abschaffung der bei Großprojekten üblichen Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen. Den neuen Standards zufolge brauche es dazu keine unabhängigen Fachleute mehr, sondern das Unternehmen dürfe selbst überprüfen, ob sein Vorhaben negative Auswirkungen auf Menschen und Umwelt haben wird.

### „Vertreibungen werden erleichtert“

Hinzu kommt, dass die Bevölkerung bei Zwangsumsiedlungen nun juristisch nachweisen muss, Eigentümer des Landes zu sein. Zuvor gab es für den Verlust eine Entschädigung. Urgewald-Weltbankexperte Knud Vöcking „Wenn ein Unternehmen sich selbst bescheinigt, es sei wirtschaftlich nicht anders machbar, können Menschen von ihrem Land vertrieben werden, Indigene ihrer kulturellen Wurzeln beraubt werden. Und alles im Namen der Entwicklung.“ (db) ■

### • Weitere Informationen

Urgewald, Knud Vöcking, Experte für Weltbank und Bankenkampagne, Von Galen-Str. 4, 48336 Sassenberg  
Tel. 02583 / 1031  
eMail: [knud@urgewald.de](mailto:knud@urgewald.de)  
[www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)

## Newsticker

### China: Maßnahmen zum Schutz der Wälder

Die chinesische Regierung hat Maßnahmen zum Schutz der Wälder beschlossen und Aufforstungsprogramme ins Leben gerufen, um die Abhängigkeit von Holzimporten zu verringern. In vielen Provinzen gilt nun ein generelles Abholzverbot für Naturwälder. China hat im Gegensatz zur eigenen Waldfläche einen hohen Holzverbrauch. Nur 13 Prozent des Landes sind mit Wald bedeckt. Der Energiebedarf, der mit Holz gedeckt wird, liegt jedoch bei 40 Prozent. Hinzu kommen der Papierverbrauch und die Produktion von Holzwerkstoffen. Seit 1994 baut das kanadische Forstunternehmen Sino-Forest im Süden Chinas schnell wachsende Holzarten wie Eukalyptus, Pappel und Kiefer an. Der Aufbau schnell wachsender Forstplantagen wird von Deutschland unterstützt. (db)

### Drei Millionen Euro zur Verbesserung der Koordinierung humanitärer Hilfe

Die Generaldirektion für humanitäre Hilfe der EU-Kommission (ECHO) hat im März beschlossen, dem Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) 3 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen, die für die Förderung und den Ausbau von Informationssystemen benötigt werden. Mit diesem Finanzierungsbeschluss trägt die Kommission zur weiteren Förderung der beiden OCHA-Projekte Integriertes regionales Informationsnetz (IRIN) und ReliefWeb sowie anderen Informationssystemen bei. (db)

[www.europa.eu.int/comm/echo/index\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/echo/index_en.htm)

■

<sup>1</sup> International Finance Corporation;  
[www.de.wikipedia.org/wiki/International\\_Finance\\_Corporation](http://www.de.wikipedia.org/wiki/International_Finance_Corporation)

## Umweltrat 9. März: Luftgüte, Gentechnik, Hochwasser

### Umweltminister/innen fordern strenge Kriterien für Gentechnik-Zulassung

Auf dem Treffen der europäischen Umweltminister/innen am 9. März standen neben der Thematischen Strategie zur Luftreinhaltung weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität durch strengere Grenzwerte für Partikel, Stickoxide und Kohlenwasserstoffe sowie die Kriterien bei der Zulassung neuer Gentechnik-Produkte auf dem Programm.

Der gegenwärtige Ratsvorsitzende, der österreichische Umweltminister Josef Pröll, betonte dabei die Wichtigkeit dieser Problematik für die europäische Bevölkerung und forderte größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in der EU. Darüber hinaus wurde die Sicherheitsbewertung von gentechnisch veränderten Organismen, die für die Erzeugung von Lebensmitteln und/oder Futtermitteln bestimmt sind, zur Sprache gebracht.

Die EU-Umweltminister/innen sprachen sich dabei für strengere Kriterien bei der GVO-Zulassung aus. Die Mehrheit sieht das seit knapp zwei Jahren bestehende Verfahren kritisch. Die Europäische Lebensmittelagentur (EFSA), die nun die Gutachten für die EU-Kommissionen erstellt, berücksichtige bei der Risikobewertung nicht ausreichend die Vorbehalte der nationalen Behörden. Außerdem wurde bemängelt, dass die EFSA keine eigenen Studien in Auftrag gebe, sondern sich auf die Erkenntnisse der Antragsteller verlasse.

Europäische Umweltverbände haben die Haltung der Umweltminister/innen gelobt. Der undemokratischen Gentechnik-Politik der EU-Kommission und der mangelhaften Risikobewertung durch die Europäische Lebensmittelagentur EFSA sei eine klare Abfuhr erteilt, bewertet Greenpeace die Ergebnisse des Umweltministerrats (siehe auch S. 9).

### Verbesserte Luftreinhaltung

Auf Basis des 6. Umweltaktionsprogramms hat der Ministerrat klare Leitlinien für eine verbesserte Luftreinhaltung festgelegt. Die Kernelemente der Thematischen Strategie zur Luftreinhaltung sind die Begründung von neuen Zielen für die

Verbesserung der Luftqualität bis zum Jahr 2020 sowie Vorschläge über mögliche Maßnahmen in verwandten Politikbereichen zur Minderung der Luftschadstoffemissionen (Energie, Verkehr, Landwirtschaft). Die Umweltminister/innen fordern darüber hinaus, dass die Kommission so bald wie möglich neue Vorschläge zu Emissionen aus schweren Lastfahrzeugen und aus kleinen und mittleren stationären Verbrennungsanlagen vorlegt und dass die Kommission ihre Anstrengungen zur Reduktion der Emissionen aus dem Schiffsverkehr fortsetzt. Darüber hinaus betonte der Ministerrat die Bedeutung von sauberen Technologien und forderte von der Kommission eine Revision der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen.

### Strengere Grenzwerte für Partikel, Stickoxide und Kohlenwasserstoffe

Einen weiteren Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und insbesondere zur Reduktion von Feinstaub in Europa soll die Euro-5-Norm für Pkw bringen. Ziel ist es, für neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge strengere Grenzwerte für Partikel, Stickoxide (NOx) sowie Kohlenwasserstoffe (HC) einzuführen. Das Reduktionsziel bei Pkw lautet minus 80 Prozent Partikelemissionen, minus 20 Prozent NOx-Emissionen sowie minus 25 Prozent HC-Emissionen.

Darüber hinaus diskutierten die Umweltminister/innen auch über mittelfristige Ziele in den Vereinbarungen. Die Debatte zeigte, dass etliche Mitgliedstaaten der Ansicht sind, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Absenkung - vor allem bei Stickoxiden - wäre nicht ausreichend, um die Belastungen auf ein akzeptables umwelt- und gesundheitsrelevantes Maß zu reduzieren. Sie sprechen sich deutlich für strengere NOx-Grenzwerte in einer zweiten Stufe (Euro-6) aus.

### Hochwasser-Fortschrittsbericht

Weiteres wichtiges Thema beim EU-Umweltministerrat war der Hochwasser-Fortschrittsbericht. Um die wirtschaftlichen Folgen von katastrophalen Hochwasserereignissen zumindest teilweise zu kompensieren, wurde der EU-Solidaritätsfonds eingerichtet und eine Hochwasserschutzrichtlinie in Angriff genommen.

Der Richtlinienentwurf war in den letzten Monaten Gegenstand intensiver Verhandlungen in Brüssel. Themen der Verhand-

lungen waren neben der Frage, ob die Vorgaben der neuen EU-Hochwasserschutzrichtlinie für das gesamte Gebiet der EU oder eingeschränkt in grenzüberschreitenden Flusseinzugsgebieten gelten sollen, auch die Festlegung des Schutzniveaus und weiterer Maßnahmen. Diese sollen ausschließlich Angelegenheit der Mitgliedstaaten sein, abgestimmt auf die lokalen und regionalen Erfordernisse. Intensiv diskutiert wurden auch administrative Vereinfachungen des Richtlinien-Vorschlages, um zielgerichtet und Ressourcen schonend eine Verminderung des Hochwasserrisikos und der negativen Auswirkungen von Hochwasserereignissen auf Mensch, Umwelt und Wirtschaft zu erzielen.

Am 17. und 18. Mai findet in Wien die EU-Hochwasserkonferenz statt, die einen Überblick über Hochwasser-Strategien in verschiedenen Flussgebieten und Staaten geben und beleuchten wird, wie Europa diesen Herausforderungen begegnet. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), Stubenring 1, A-1012 Wien  
Tel. 00431 / 71100-0, Fax -2140  
eMail: [infomaster@lebensministerium.at](mailto:infomaster@lebensministerium.at)  
[www.lebensministerium.at](http://www.lebensministerium.at)

## Kritik an Entwurf zur Unternehmensverantwortung

### Umwelt- und Sozialverbände von EU-Kommission enttäuscht

Der EU-Kommissionsentwurf vom 13. März zur Unternehmensverantwortung (siehe Editorial Seite 3) ist bei Umwelt- und Sozialverbänden auf Kritik und Unverständnis gestoßen. Der Vorschlag von Wettbewerbskommissar Günther Verheugen zielt einzig und allein auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, statt ernsthaft die negativen Auswirkungen der Wirtschaft auf Umwelt und Gesellschaft zu bekämpfen, so Paul de Clerck von Friends of the Earth Europe.

### Vorwurf: Interessenvertreter-Beiträge ignoriert

Die Ergebnisse der Multi-Stakeholder-Beteiligung vor einhalb Jahren zu Fragen der Unternehmensverantwortung seien nicht ernst genommen worden: Es sei keine Rede mehr von den geforderten verbindlichen Regeln und Gesetzen, über die freiwillige Umwelt- und Sozialmaßnahmen der Unternehmen noch hinausgehen sollten. Im jetzigen Entwurf seien lediglich „kosmetische“ freiwillige Maßnahmen der Industrie vorgesehen. Weitere zentrale Forderungen der Verbände nach einem Umwelt- und Sozialberichtswesen der Unternehmen, nach der Einbeziehung von öffentlichem Beschaffungswesen und Fördergeldern zur Stimulierung von Unternehmensverantwortung und nach dem Einsatz von unabhängigen wie auch öffentlichen Prüfern zur Kontrolle der angestrebten Prozesse seien nicht berücksichtigt worden. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe, Paul de Clerck, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 00322-5420180, Fax -5375596  
eMail: [info@foeeurope.org](mailto:info@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

## Newsticker

### Für eine nachhaltige Lissabon-Strategie

Mehrere hundert Aktivist/innen von Umwelt-, Sozial- und Gewerkschaftsverbänden aus ganz Europa haben am 6. März anlässlich des EU-Frühjahrgipfels in Brüssel von den europäischen Staats- und Regierungschefs eine nachhaltige Ausgestaltung der Lissabon-Strategie der EU gefordert. Die zentrale Stellungnahme einer NGO-Konferenz, zu der u. a. das Europäische Umweltbüro (EEB) geladen hatte, nannte die überarbeitete Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung unvollständig und unausgewogen. Sie lege den Schwerpunkt auf ökonomische Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ziel eines freien europäischen Marktes für grenzenlosen Handelsverkehr. Dabei werde aber vergessen, dass die Wettbewerbskräfte einen sozialen und ökologischen Rahmen brauchten, um Umwelt- und Sozialdumping und eine Ressourcenerschöpfung zu verhindern. (tf)

Quelle: [www.eeb.org](http://www.eeb.org)

### Politik kann mehr für grüne Wirtschaft tun

Eine Expertenkonferenz der Europäischen Umweltagentur im März hat Wege aufgezeigt, wie die Umweltpolitik zu mehr Beschäftigung und Wachstum in Europa beitragen kann. Zwar könnten allein dadurch die Arbeitsmarktprobleme nicht gelöst werden, doch ähnlich den erfolgreichen umweltwirtschaftlichen Synergiebereichen Energieeffizienz, saubere Technologien und öffentliche Beschaffung könnten weitere Ökoinnovationen z. B. durch Ökosteuern und gezielte Subventionen vorangetrieben werden. Auf der anderen Seite bestehe die Gefahr, bereits erkämpfte Umwelt-Fortschrittmärkte an die USA oder China zu verlieren. Kritisiert wurde auch die Abkehr von dem ursprünglichen EU-Kommissionsvorschlag, die Kohlesubventionen bis 2010 auslaufen zu lassen. Dies sei ein Schlüssel, um die Entwicklung sauberer Energien zu beschleunigen. (tf)

Quelle: Environment Daily 03.03.06

### Bericht: Umwelttechnologien einheitlich fördern

In einem Zwischenbericht hat das norwegische Umweltministerium die EU-Staaten dazu aufgefordert, einheitliche Maßnahmen zu ergreifen, um das ökologische und ökonomische Potenzial von Umwelttechnologien auszuschöpfen. Entschei-

dungsträger/innen im Umweltbereich sollen dazu enger mit anderen Ministerien zusammenarbeiten und den Umwelttechnologie-Sektor durch gemeinsame Maßnahmen von Behörden, Wirtschaft und Verwaltung fördern. (db)

[www.sft.no/english](http://www.sft.no/english)

[www.miljoteknologi.no/global/english](http://www.miljoteknologi.no/global/english)

### Bewahrung des Kulturerbes: Europa-Nostra-Preise verliehen

Die EU-Kommission und der Denkmalschutz-Dachverband Europa Nostra<sup>1</sup> haben im März die fünf Preisträger/innen des Europa-Nostra-Preises bekannt gegeben. Seit 2002 wird der mit 10.000 Euro dotierte Preis für vorbildliche Verfahren zur Bewahrung des Kulturerbes auf europäischer Ebene verliehen. Ausgezeichnet werden die Bewahrung von Kulturlandschaften auf Extremadura, die Restaurierung der ottomanischen Bäder von Omeriye auf Zypern, die Archivierung der Werke des Porträtfotografen Edward Chambré Hardman, eine Doktorarbeit über die alten Arbeiterwohnungen in Oberschlesien sowie ein Programm zur Bewahrung von Fertigkeiten bei der Restaurierung des baulichen Kulturerbes im ländlichen Frankreich. Die Preisverleihung findet im Juni in Madrid statt. (db)

Quelle: [www.europanostr.org/awards\\_2006.html](http://www.europanostr.org/awards_2006.html)

### EU-Umweltministerrat zur Luftqualitätsstrategie

Die EU-Umweltminister berieten Anfang März über die von Umweltkommissar Stavros Dimas vorgelegten Emissionsziele im Rahmen der Luftqualitätsstrategie CAFE (Clean Air for Europe). Sie forderten weitere Maßnahmen, um Emissionen zu reduzieren, wie z. B. durch die Einführung der „Euro-6-Norm“ für Schwertransporter oder den Bereichen Schiffsverkehr und Landwirtschaft. Kerstin Meyer, Luftexpertin des Europäischen Umweltbüros (EEB), begrüßte die Ministerstellungnahmen, mahnte aber als ersten Schritt eine zügige und vollständige Umsetzung der Luftreinhaltegesetze in den Mitgliedstaaten an. (tf)

Quelle: Environment Daily 09.03.06

■

<sup>1</sup> Europa Nostra ist ein europäischer Verbund von über 200 nichtstaatlichen gemeinnützigen Denkmalschutzorganisationen und setzt sich für die Erhaltung des europäischen Kulturerbes ein.

## Urteil zu Mülltransporten

### Beweislast für Gefährlichkeit von Mülltransporten bei Behörden

Um Mülltransporte von einem Mitgliedstaat in den anderen aus Gründen der öffentlichen Gesundheit oder der Umwelt zu verhindern, obliegt die Beweislast über die Gefährlichkeit den Behörden des Exportlandes. Das entschied der EuGH in einem Urteil. Fallrechtlich präzisiert der EuGH damit bereits die neuen, umstrittenen Regeln zum Mülltransport. Geklagt hatte ein dänisches Müllunternehmen, das eine als Elektroschrott deklarierte Schiffsladung zur Verwertung nach Deutschland exportieren wollte und von den dänischen Behörden gestoppt worden war.

### Kaum Auflagen für Müllexporteure

Dadurch haben Behörden nun grundsätzlich das Recht Mülltransporte zu stoppen, so der EuGH, müssen aber auch deren Schädlichkeit für Umwelt und Gesundheit beweisen. Mülltransporteure müssen hingegen nur Informationen über die Müllverwertung im Importland zur Verfügung stellen. Die Verwertung im Importland darf nach EU-Recht nicht weniger umfangreich sein als die Normen des Exportlandes es für den Müll vorsehen.

### Baldige Abstimmung über Abfallrahmenrichtlinie

Der EU-Ministerrat soll in naher Zukunft über die neue Mülltransport-Verordnung abstimmen. Die Verordnung sieht nach zweiter Lesung im Europäischen Parlament verstärkte Möglichkeiten für Behörden des Ziellandes vor, Mülltransporte abzulehnen. (ut) ■

- **Weitere Informationen**

Quelle: Environment Daily, 17.2.2006

## Elektrogeräte: Firmen wollen Sonderregeln durchsetzen

### EU-Kommission will gefährliche Stoffe weiter zulassen, Parlament dagegen

Während der mittlerweile fünften Beratungsrunde zur Richtlinie über die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS-Richtlinie)<sup>1</sup> am 15. Mai wird die EU-Kommission über 23 zusätzliche Ausnahmeregelungen beraten. Die Ausnahmen betreffen zum Beispiel Teile von Schweizer Uhrwerken, SmartCard-Lesegeräte sowie Blei und Zinn enthaltende Lötmittel.

Die Richtlinie sieht Ausnahmeregelungen dann vor, wenn es keine Alternativen zur Verwendung gefährlicher Stoffe gibt. Bisher wurden etwa 100 Ausnahmen beantragt, jedoch nur ein kleiner Teil davon genehmigt. Die Ausnahmeregelungen führen derzeit zum Streit zwischen Europäischem Parlament und Kommission. Das Parlament wirft der Kommission vor, sich übermäßig von möglichen Kosten beeinflussen zu lassen. Bereits im Januar hatte das Parlament rechtliche Schritte gegen die Ausnahmeregelung für ein Flammenschutzmittel eingeleitet.

### Wirtschaftsberater: Unternehmen sollten Richtlinien ernst nehmen

Unternehmen, die von der RoHS-Richtlinie sowie von der EU-Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE) betroffen sind, sollten sich langfristig bemühen die Standards der Richtlinien zu erreichen. Das geht aus einem Bericht des Economist Intelligence Unit (EIU) hervor. Der Bericht empfiehlt Firmen eindringlich, die Richtlinien in ihre langfristigen Strategien aufzunehmen, ihre Zulieferkette sorgfältig zu untersuchen und starke Verträge und computergestützte Verfahren einzuführen. Die Umsetzung der Richtlinien kann die Firmen bis zu vier Prozent der Erlöse der betroffenen Produktlinien kosten, so der Bericht. (ut, ng) ■

- **Weitere Informationen**

Quellen: Environment Daily 24.2.2006, 16.3.2006

## Newsticker

### Illegale Müllexporte aus Deutschland und Österreich

Anlässlich sich häufender illegaler Mülltransporte vor allem aus Deutschland und Österreich in die Nachbarländer Tschechien, Slowakei, Polen und Niederlande wollen die betroffenen Staaten Gegenmaßnahmen ergreifen. So sollen die Grenzkontrollen der Polizei ausgebaut und die Entsenderstaaten dazu gedrängt werden, schwarze Listen mit entsprechenden Unternehmen anzulegen sowie die Unternehmen zu zwingen, den Müll auf ihre Kosten wieder zurück zu transportieren. Generell hat in den letzten Wochen die Diskussion über die illegale Verbringung von Müll an Fahrt gewonnen. Nach dem Treffen der Umweltspektoren suchte die tschechische Regierung die Unterstützung Deutschlands für ihre Position bei der Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie. (ut, tf)

Quelle: Environment Daily, 8.3.2006

### Industrie fordert neue Stufe in Abfallhierarchie: „Dekontamination“

Die europäische Interessenvertretung der größten Betreiber von Müllverbrennungsanlagen EURITS<sup>2</sup> hat die EU aufgefordert, eine neue Stufe in ihre bislang vierstufige Entsorgungsklassifikation einzuführen. Unter hohen Temperaturen verbrannte Abfälle fallen derzeit in die vierte Klasse „Beseitigung“. EURITS fordert die Einführung einer Klasse „Dekontamination“ direkt nach der ersten Hierarchiestufe „Vermeidung“. EURITS rechtfertigt seine Forderung dadurch, dass Müllverbrennung bei sehr hohen Temperaturen dazu beiträgt, gefährliche Verbindungen wie beispielsweise persistente organische Schadstoffe (POPs) zu beseitigen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Berücksichtigung der Dekontamination als einer Form der umweltfreundlichen Müllentsorgung nicht abgeneigt, hält den Vorschlag jedoch für zu unkonkret, um in die Hierarchiestufe aufgenommen zu werden. (ng)

Quelle: Environment Daily, 7.3.2006

<sup>1</sup> Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (2002/95/EG)

<sup>2</sup> European Union for Responsible Incineration and Treatment of Special Waste

## EU genehmigt Genmais 1507 als Nahrungsmittel

### Produkte mit 1507-Ingredienzien müssen gekennzeichnet werden

Die EU-Kommission hat im März die Markteinführung von gentechnisch verändertem Mais der Sorte 1507 für den Gebrauch als Nahrungsmittel genehmigt. Damit ist in der EU der Weg frei für die Vermarktung dieser Maissorte als Nahrungsmittel, Nahrungsbestandteil oder daraus gewonnenes Produkt wie Öl und Stärke. Es ist die erste Genehmigung nach der EU-Verordnung 1829/2003, die die Zulassung von genetisch veränderten Nahrungs- und Futtermitteln regelt. Die Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsregeln der EU schreiben vor, dass bei den betreffenden Produkten auf den Genmais hingewiesen werden muss.

Die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) hatte im März 2005 die Genehmigung von Genmais 1507 befürwortet. Aus Sicht der EU-Kommission ist die Sicherheit bei der Nutzung genmanipulierter Lebensmittel schon allein dadurch gewährleistet, dass Fachgremien auf der Basis von Studien Voten für oder gegen eine Nutzung abgeben. Außerdem würden die Verbraucher/innen durch die Kennzeichnungspflicht ausreichend informiert. Experten weisen hingegen stets darauf hin, dass es keine wissenschaftlich gesicherten Daten über die Risiken gentechnisch veränderter Organismen gebe.

### Chemische Unkrautbekämpfung

Der Mais der Linie 1507 wurde nach Angaben der EU-Kommission so konstruiert, dass er gegenüber dem Europäischen Kornbohrer und anderen Schädlingen resistent ist. Der Mais weise zudem eine Toleranz gegenüber dem Herbizid Glufosinat-Ammonium auf. Auf diese Weise sei eine verbesserte Unkrautbekämpfung mit diesem chemischen Unkrautvernichtungsmittel möglich. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft/Ländliche Entwicklung, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295-3240, Fax -7540  
eMail: [agri-library@cec.eu.int](mailto:agri-library@cec.eu.int)  
[www.europa.eu.int/comm/agriculture/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm)

## EU-Zulassungsverfahren für Gen-Produkte in der Kritik

### Österreich will Debatte über GVO-Zulassungen wiederbeleben

Ein Teil der 25 EU-Umweltminister hat beim Treffen des Umweltrats im März (siehe Beitrag S. 6) das Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Produkte durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) kritisiert. Der Vorwurf: Die EFSA berücksichtigt nach Auffassung der Minister nicht ausreichend unabhängige und nationale Studien für ihre Bewertungen. Die Minister forderten mehr Transparenz bei den Sicherheitsbewertungen und bessere Verbraucherinformationen. Die österreichische Ratspräsidentschaft macht sich für eine Überarbeitung der Zulassungspraxis der EFSA sowie in der gesamten EU stark. Vor allem die Regelung, dass Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit getroffen werden können, soll auf den Prüfstand.

### Statt einer qualifizierten soll künftig einfache Mehrheit ausreichen

Erhält ein Antrag keine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat, wird er an die Kommission zurückgegeben. Diese ist an die Sicherheitsbewertungen der EFSA gebunden. Die Lebensmittelbehörde lieferte bisher noch keine einzige negative Bewertung über ein genmodifiziertes Produkt. Um diese immer wiederkehrende Prozedur zu durchbrechen, will Österreich mit der Unterstützung von Griechenland, Italien und Luxemburg durchsetzen, dass künftig eine einfache Mehrheit bei den Zulassungen für Genprodukte genügt. Frankreich und Großbritannien sind gegen diesen Vorschlag, weil sie keine Entscheidungen akzeptieren wollen, die ihnen „von kleineren Mitgliedstaaten aufgezungen werden“.

### Keine EU-weiten Koexistenzregeln geplant

Unterdessen veröffentlichte die Kommission einen Bericht, in dem sie bekräftigt, keine EU-weiten Vorschriften zu Fragen der Koexistenz festzulegen. Die begrenzten Erfahrungen mit dem Anbau gentechnisch veränderter Kulturen in der EU rechtfertigten dies nicht, hieß es zur Begründung. Die Koexistenzregeln sollten auf nationaler Ebene beschlossen werden, müssten aber die EU-Richtlinien für einen fairen Agrarmarkt erfüllen.

## Kritik an gentechnikfreundlicher Haltung der EU-Kommission

Friends of the Earth (FoEE) kritisierten die Haltung der Kommission. Die Vermeidungstaktik könne zu unumkehrbaren Verunreinigungen von Nahrungsmitteln, Saatgut und der Umwelt in Europa führen. Auf der einen Seite befürworte die Kommission nationale Regelungen, andererseits habe sie Einspruch gegen zahlreiche Gesetzentwürfe zur Koexistenz aus den Mitgliedstaaten erhoben, so FoEE. Die Umweltorganisation bezeichnete die Maßnahmen der Kommission als „Abwart- und Verunreinigungspolitik“. Auch Greenpeace kritisierte die Drohung der Kommission, gegen Mitgliedstaaten vorzugehen, die restriktive Regeln für Gentech-Bauern erlassen haben.

Ungeachtet der gentechnikfreundlichen Position der EU-Kommission wollen einige Mitgliedstaaten weiter für ihr Recht streiten gentechnikfreie Zonen einzurichten, sei es über nationale Gesetze oder durch europäische Gesetzgebung. Im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft fand Anfang April in Wien eine Konferenz statt zum Thema „Die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Pflanzenkulturen - Wahlfreiheit“. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas überraschte auf der dreitägigen Konferenz mit deutlicher Kritik an der EFSA und einem Bekenntnis zum Recht auf Einrichtung gentechnikfreier Zonen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft/Ländliche Entwicklung, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295-3240, Fax -7540  
eMail: [agri-library@cec.eu.int](mailto:agri-library@cec.eu.int)  
[www.europa.eu.int/comm/agriculture/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/index_de.htm)

Friends of the Earth Europe (FoEE), Helen Holder, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 00322-5420180, Fax -5375596  
eMail: [helen.holder@foeeurope.org](mailto:helen.holder@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

Greenpeace, European Unit, Rue Belliard 199, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2741903  
eMail: [european.unit@diala.greenpeace.org](mailto:european.unit@diala.greenpeace.org)  
[www.eu.greenpeace.org](http://www.eu.greenpeace.org)

## **Kennzeichnungspflicht für Gentech-Exporte erst ab 2012**

**UN-Konferenz entschied über Welthandel mit Gentechnik-Produkten**  
Mitte März haben sich im brasilianischen Curitiba die 132 Mitgliedsländer des Cartagena-Protokolls auf eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte geeinigt. Hauptthema der dritten UN-Konferenz über die Konvention zur Biologischen Sicherheit war, wie internationale Lieferungen von Gen-Pflanzen gekennzeichnet werden sollen. Bisher müssen diese lediglich den Hinweis tragen: „Kann gentechnisch veränderte Organismen (GVO) enthalten“. Diese Aufschrift gilt nun weitere sechs Jahre, erst ab 2012 wird laut Beschluss der Konferenz die Kennzeichnung „enthält GMO“ verbindlich.

### **Gefahr der GMO-Kontaminierung in Entwicklungsländern**

Umwelt- und Verbraucherverbände reagierten enttäuscht auf das Abkommen. Für die biologische Sicherheit seien nur sehr kleine Fortschritte erzielt worden, kritisierte Greenpeace. Die Umweltorganisation veröffentlichte vor Beginn der Konferenz gemeinsam mit der britischen Nichtregierungsorganisation Genewatch einen Bericht, in dem 113 Kontaminationsfälle aus 39 Ländern dokumentiert sind. Beim Einsatz der Gentechnik stünden die Sicherheit von Umwelt und Verbrauchern auf dem Spiel, hieß es dazu. Die meisten Entwicklungsländer seien auf den Schutz des Cartagena-Protokolls angewiesen. Sie haben zum großen Teil keine Gentechnikgesetze, und durch die weiter vor gültige „Kann“-Formulierung besteht die Gefahr einer flächendeckenden Kontaminierung mit genmanipulierten Pflanzen.

Die meisten Entwicklungsländer und die EU-Staaten wollten eine deutlichere Kennzeichnung einführen. Die Hauptproduzenten von Genfood wie die USA, Kanada und Argentinien lehnten dies ab. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

Greenpeace International, Ottho Helldringstraat 5, NL-1066 AZ Amsterdam  
Tel. 0031 20 / 5148150  
eMail:  
patrizia.cuonzo@int.greenpeace.org  
www.greenpeace.org

Der Bericht:  
www.gmcontaminationregister.org

## **Newsticker**

### **EU will Exportverbot für britisches Rindfleisch aufheben**

Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCFAH) hat am 8. März dem Vorschlag der EU-Kommission zugestimmt, das Exportverbot für britische Rinder, Rindfleisch und Rindfleischprodukte aufzuheben. Wenn das Europäische Parlament innerhalb eines Monats den Vorschlag annimmt, könnte das Embargo im April oder Mai aufgehoben werden. Das Exportverbot war im März 1996 nach dem Ausbruch der Rinderseuche BSE auf der britischen Insel verhängt worden. Nach einer Mitteilung des Europäischen Lebensmittel- und Veterinärämtes (FVO) vom September 2005 kann Großbritannien die BSE-Auflagen der EU erfüllen. (mbu)  
Quelle: EurActiv, 09.03.2006

### **GVO in Saaten: Koexistenz-Studie plädiert für 0,5-Prozent-Grenzwert**

Ende Februar hat die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission (GFS) einen Bericht über die Koexistenz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und herkömmlichen Kulturen und Saaten veröffentlicht. Die Wissenschaftler/innen stellen darin die These auf, dass ein Anteil von 0,5 Prozent genmanipulierter Bestandteile im Saatgut ausreiche, um den Grenzwert von 0,9 Prozent GMO in Lebens- und Futtermitteln einzuhalten. Ein niedrigerer Schwellenwert von 0,3 Prozent im Saatgut sei machbar, würde aber die Kosten der Gentechnik-Landwirte erheblich erhöhen. Der Nachweis-Grenzwert von 0,1 Prozent genmanipulierten Bestandteilen im Saatgut, wie ihn die Grünen im Europaparlament sowie Umwelt- und Verbraucherverbände seit langem fordern, ist nach Meinung der GFS „technisch nicht machbar“. Dem widersprach die Grünen-Abgeordnete Hiltrud Breyer: Dass das „Reinhaltegebot“ von 0,1 Prozent technisch durchaus möglich sei, zeigten Saatguthersteller in Österreich, die der dort seit Jahren geltenden Rechtslage problemlos folgen würden. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 27.02.2006

### **GMO Compass**

Das von der Europäischen Kommission finanzierte Internet-Portal informiert über gentechnisch veränderte Pflanzen und Lebensmittel in Europa. Die EU möchte nach eigenen Angaben mit dem englisch-

sprachigen Portal zu einer „sachlichen Meinungsbildung“ bei den europäischen Verbraucher/innen beitragen. Der „GMO Compass“ liefert Hintergründe und Informationen über Züchtungsziele, Verwendung und den Zulassungsstatus von Gen-Pflanzen in der EU. Die Rubrik "Regulations" dient als Orientierungshilfe für die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von genmanipulierten Lebensmitteln. Das Glossar enthält Fachbegriffe aus der Genetik und der Gentechnik. (mbu)  
Quelle: ZADI-Newsletter 06/2006  
www.gmo-compass.org

### **Kritik am EU-Forschungsprogramm: Agro-Genforschung wird bevorzugt**

Umwelt- und Agrarverbände haben von der EU-Kommission eine nachhaltige Forschungspolitik verlangt. Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm sei einseitig zu Gunsten der Agrarlobby ausgerichtet. 2,5 Milliarden Euro will die Kommission in die Forschung über „Food, Feed and Agriculture“ investieren. In einem gemeinsamen Offenen Brief kritisierten der NABU, der BUND, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), das Gen-ethische Netzwerk und weitere Organisationen, dass der Förderschwerpunkt für die Agrarforschung bei der Gentechnik liege. Umwelt- und Verbraucherschutzinteressen blieben dabei unberücksichtigt. Die Verbände fordern, dass sie bei der Mittelvergabe für das 7. Forschungsrahmenprogramm einbezogen werden. (mbu)  
Offener Brief im Internet: www.nabu.de ■

### Erste Lesung von REACH abgeschlossen

#### Ministerrat verabschiedet letzte Änderungen

Die verantwortlichen Minister der EU-Mitgliedstaaten haben Mitte März die erste Lesung der EU-Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) abgeschlossen. Die zweite Lesung des Gesetzesvorschlags kann somit in drei Monaten im Europäischen Parlament beginnen.

#### Über 100 Änderungen beschlossen

Die überarbeitete Fassung enthält über 100 Änderungen. Diese beziehen sich vor allem auf die detaillierten Vorschriften, die im Text festgehalten sind und bereits letzten Dezember mit den für Wettbewerb zuständigen Ministern der EU-Staaten abgestimmt wurden. Darin werden die Umwelt- und Gesundheitsziele der Verordnung im Vergleich zu dem Entwurf von Anfang des Jahres deutlich gestärkt. Betont wird das langfristige Ziel von REACH, besonders gefährliche Stoffe langfristig komplett zu ersetzen. Weitere Änderungen betreffen das Vorsorgeprinzip und die Pflicht der Chemiefirmen, die Forschung nach ungefährlicheren Stoffen voranzubringen. Auch die Verantwortung der weiterverarbeitenden Industrie wird stärker hervorgehoben. Um der Industrie entgegen zu kommen, wurden allerdings frühere Forderungen nach einer umfassenden Auskunftspflicht der Chemieunternehmen über ihre Produkte entschärft.

#### Forderungen von Umweltverbänden

Sieben europäische Umweltverbände haben für die zweite Lesung REACH-Verordnung einen Forderungskatalog aufgestellt. Darin verlangen sie die Substitution aller gefährlichen Stoffe, für die es sichere Alternativen gibt, den Druck auf Firmen zu erhöhen, die sicherheitsrelevante Daten nicht freigeben wollen und die Festschreibung der Sorgfaltspflicht für Chemieproduzenten und Nutzer sowie des Rechts auf Information für die Konsument/innen im Gesetzestext. (ut) ■

#### • Weitere Informationen

Forderungskatalog der europäischen Umweltverbände:

[http://assets.panda.org/downloads/reach\\_second\\_reading.pdf](http://assets.panda.org/downloads/reach_second_reading.pdf)

Quelle: Environment Daily, 16.3.2006

### REACH auch ökonomisch sinnvoll

#### Analyse zur EU-Chemikalienreform: Nutzen übersteigt die Kosten deutlich

Der Nutzen für Umwelt und öffentliche Gesundheit wird die Kosten für die Umsetzung von REACH deutlich überschreiten. Das bestätigt eine neue Kosten-Nutzen-Analyse. Die von der EU-Kommission Mitte Februar vorgestellte Studie beziffert den ökonomischen Nutzen auf insgesamt 95 Mrd. Euro innerhalb der nächsten 25 Jahre. Dem gegenüber stehen die Kosten der Einführung von REACH. Sie betragen jährlich 5 Mrd. Euro über die nächsten 11-15 Jahre, das sind 55-75 Mrd. Euro.

#### Erste umfassende Studie

Im Gegensatz zu vorangehenden Studien, die nur die Gesundheit von Angestellten in der chemischen Industrie quantifizierten, ist die vorliegende Studie ein Versuch, die gesamten Auswirkungen von REACH auf Mensch und Umwelt zu beziffern. Einbezogene Parameter sind zum Beispiel Wasserqualität, geringere Abwasserbelastung oder geringeres Auftreten schwerer Krankheiten.

#### Gesundheitskosten als starkes Argument für REACH-Umsetzung

Die European Public Health Alliance (EPHA) bezeichnete die Studie als Durchbruch, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stärker auf die Möglichkeiten der Minderung gesundheitlicher Risiken und Senkung der Gesundheitskosten durch eine verantwortungsvolle Chemikalienpolitik zu lenken.

#### Chemische Industrie bezweifelt Ergebnisse

Die chemische Industrie in Gestalt des europäischen Lobbyverbands Cefic hält die Resultate dagegen für „hoch fragwürdig“ und „unsicher“. Es sei unklar, wie stark die Verschmutzung der Umwelt durch Chemikalien aufgrund von REACH gemindert werden könne.

#### Weitere Studie: Chemikalienreform in Textilindustrie kostet Arbeitsplätze

Gleichzeitig gab die EU-Kommission die Ergebnisse einer weiteren Studie bekannt, die Effekte von REACH auf die Textilindustrie untersucht. Danach würden durch REACH eine Vielzahl verschiedener Stoffe gegen Null reduziert werden. Die Vorschriften könnten jedoch leicht durch Firmen-Abwanderung umgangen werden.

Deswegen rechnet die Studie im Falle der Umsetzung von REACH mit einer sich noch weiter verstärkenden Abwanderung von textilverarbeitenden Betrieben aus der EU in Nicht-EU-Staaten. (ut) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 16.2.2006

## Probedurchlauf für REACH

### Durchführbarkeit bewiesen, Kommunikation ist Schlüsselfrage

Ein Probedurchlauf der EU-Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) hat gezeigt, dass bei der Durchführung vor allem Kommunikation und Absprache zwischen Chemieproduzenten und weiterverarbeitender Industrie gefordert ist. Der Probedurchlauf wurde im Rahmen des Projektes PRODUCE<sup>1</sup> durchgeführt, an dem Vertreter der Industrie, die EU-Kommission und Regierungen der Mitgliedstaaten beteiligt waren. Industriekommissar Günther Verheugen erklärte, die Resultate zeigten, dass REACH für Weiterverarbeiter durchaus praktikabel sei.

### Projektbericht enthält mehr als 30 Vorschläge

Im Projektbericht finden sich über 30 Vorschläge für die weiterverarbeitende Industrie. Die meisten zielen auf die Notwendigkeit eines hohen Maßes an Bewusstheit und effektiver Zusammenarbeit zwischen Chemieproduzenten und Konsumenten dieser Produkte zum Beispiel in Hinblick auf Registrierungsdaten. Es müssten noch Wege gefunden werden, um die Registrierungspflichten von REACH zu erfüllen, ohne die Vertraulichkeit geschäftlicher Vereinbarungen zu verletzen.

Der Leiter von PRODUCE sagte, die Hauptaufgabe der EU-Kommission sei es nun, einfach zugängliche Anleitungen, am besten digital aufbereitet, bereitzustellen. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 24.2.2006

## Quecksilberresolution des Parlaments

### Parlamentarier/innen fordern Rückgang des Quecksilberverbrauchs

In einer Resolution hat das Europäische Parlament Mitte März die EU aufgefordert, sich stärker für einen Rückgang an Quecksilber einzusetzen. Die Resolution ist die Antwort des Parlamentes auf den Kommissionsvorschlag für eine Quecksilberstrategie von Januar 2005. Dessen Herzstück ist ein Verbot aller Quecksilberexporte aus der EU ab 2011.

### Ehrgeiziger Forderungskatalog

Nach Meinung des Parlaments soll das Exportverbot bereits 2010 in Kraft treten. Für den Quecksilberverbrauch in der Chlor-Alkali-Industrie fordert das Parlament noch strengere Auflagen. Quecksilber soll ab 2010 nicht mehr genutzt werden. Die Kommission hatte ein Ende im Jahr 2020 vorgesehen. Die Resolution enthält außerdem Forderungen zur sicheren Lagerung von überschüssigem Quecksilber und eine Verpflichtung für die Industrie diese Lagerung mit zu finanzieren. Die EU solle zudem rechtliche Vorschriften erlassen, die zur Verringerung von Quecksilberemissionen aus Verbrennungsprozessen beitragen. Quecksilber zur Goldgewinnung soll nur noch eingeschränkt genutzt werden dürfen und Gold aus Drittstaaten soll einer Kennzeichnungspflicht unterliegen. Die Resolution fordert schließlich eine Rechtsvorschrift, die den Gebrauch von Amalgam in der Zahnmedizin begrenzt. Mit dieser Forderung geht die Resolution sogar über die Forderungen des Umweltausschusses des EU-Parlamentes hinaus.

### Positives Echo in den Umweltverbänden

Bei den Umweltverbänden traf die Resolution auf überwältigende Zustimmung. Nach ihrer Ansicht sollte so eine starke Quecksilberstrategie der EU aussehen. Das Parlament hat klare Signale an die EU und die Welt ausgesandt, wie weitere Schritte aussehen sollen, um Quecksilber langfristig zu verbannen. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 14.3.2006  
Resolution abrufbar unter:  
[www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

## Newsticker

### CREDO-Studie: Keine Hormoneffekte durch bromierte Flammschutzmittel

Die Forschungsgruppe CREDO<sup>2</sup>, die hormonelle Veränderungen in Organismen durch Umweltgifte untersucht, hat in ihrer neuesten Studie keine Effekte von bromierten Flammschutzmitteln (BFR) festgestellt. BFR sind u. a. regulärer Bestandteil von Leiterplatten und somit von großer kommerzieller Bedeutung. Die Tests wurden an Flundern durchgeführt. Die histologische Untersuchung ergab eine 5- bis 10-fach höhere Konzentration von BFR als im umliegenden Medium Wasser. Es konnten aber keine hormonellen Veränderungen beobachtet werden. Die CREDO-Studie soll zusammen mit Ergebnissen anderer Teams zum Thema BFR in die laufende Risikoabschätzung der EU einfließen. (ut)

Quelle: Environmental Daily, 20.2.2006;

### Organozinnverbindungen erneut auf dem Prüfstand

Eine gezielte Risikobewertung<sup>3</sup> im Auftrag der EU-Kommission hat toxische Risiken für Kinder durch Organozinnverbindungen<sup>4</sup> in Kleidung bestätigt. Kinder sind demnach auch beim Verzehr von Fischprodukten und beim Einatmen von Haushaltstäuben gefährdet. Die Studie stellt fest, dass trotz der EU-Bemühungen Organozinnverbindungen zu verringern einige Quellen wie Holzschutzmittel oder Backpapier noch zu wenig beachtet wurden. Für Erwachsene sieht die Studie vor allem in Produktionsstätten von Organozinnverbindungen und von PVC ein hohes Gesundheitsrisiko. Vor allem in den Meeren werden „noch für einige Zeit“ gefährlich erhöhte Werte für Organozinnverbindungen erwartet, obwohl diese mittlerweile im so genannten Anti-Fouling-Anstrich von Schiffen verboten sind. Die Studie ist die dritte in einer Reihe - den vorangegangenen wurde vorgeworfen einige Schadstoffquellen zu wenig zu beachten. (ut)

Quelle: Environment Daily 15.2.2006

<sup>2</sup> Cluster of Research into Endocrine Disruption in Europe, [www.credocluster.info](http://www.credocluster.info)

<sup>3</sup> [www.europa.eu.int/comm/enterprise/chemicals/docs/studies/organotins\\_3rd\\_report\\_16\\_sept\\_2005.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/enterprise/chemicals/docs/studies/organotins_3rd_report_16_sept_2005.pdf)  
Autor: Risk & Policy Analysts, [post@rpaltd.co.uk](mailto:post@rpaltd.co.uk)

<sup>4</sup> Verschiedene Verbindungen, die hauptsächlich als Biozide und Stabilisatoren eingesetzt werden.

<sup>1</sup> PRODUCE: Piloting REACH in downstream use and communication in Europe

## Grünbuch Energiepolitik enttäuscht Umweltverbände

### Fossile und Atomenergie statt Effizienz und Erneuerbare

Die EU-Kommission orientiert sich in ihrem Anfang März veröffentlichten Grünbuch zur Energiepolitik in Richtung fossiler und nuklearer Energiequellen. Energieeffizienzmaßnahmen und die Förderung von Erneuerbaren Energien spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Nach Ansicht der Umweltverbände verpasst die Kommission damit die Chance, die EU-Energiepolitik hin zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu verändern. Das Grünbuch soll die Grundlage für die Debatten zwischen den Mitgliedstaaten über eine gemeinsame EU-Politik bilden.

### Das Grünbuch umreißt sechs vorrangige Bereiche:

- Die Vollendung der europäischen Binnenmärkte für Gas und Strom: Möglicherweise steht die Ernennung eines europäischen Energie-Regulierers an, der über einen Netz-Kodex entscheidet.
- Gemeinsame Politik zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Schaffung von gemeinsamen Erdgasvorräten, möglicherweise wird eine europäische Stelle zur Beobachtung der Energieversorgung eingerichtet, um für mehr Transparenz zu sorgen.
- Ein vielfältiger Energiemix: Jedes Mitglied soll darüber selbst entscheiden. Nur im Konfliktfall soll die EU-Kommission eingreifen.
- Klimaschutz: Die Kommission schlägt einen Fahrplan für Erneuerbare Energien vor, in dem auch Ziele über das Jahr 2020 hinaus formuliert werden könnten. Der Aktionsplan Energieeffizienz, der eigentlich schon vorliegen sollte, wird verschoben.
- Ein strategischer Fahrplan für europäische Energietechnologie, damit Überschneidungen mit nationalen Plänen vermieden werden und die EU-Industrie die weltweite Marktführerschaft übernehmen kann.
- Eine gemeinsame Energieaußenpolitik: Koordinierung der Beziehungen zu den Lieferantenländern. Eventuell sollen neue Infrastruktureinrichtungen, insbesondere neue Pipelines, gebaut werden.

### „Chance auf Energiewende vertan“

Umweltschützer zeigten sich sehr enttäuscht über das Vorhaben der Kommission. Der effektivste Weg, die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, sei die Energieverschwendung zu stoppen und die Erneuerbaren Energien auszubauen, sagte Jan Kowalzig von Friends of the Earth Europe (FoEE). Ohne Mehrkosten könne Europa 20 Prozent seines Energieverbrauchs einsparen. Das entspricht in etwa einem Gasimport in Höhe von 60 Milliarden Euro.

### Atomkraft soll neu diskutiert werden

Große Besorgnis erregt bei Umweltverbänden auch das im Grünbuch formulierte Vorhaben, eine erneute Debatte über die Atomkraftnutzung zu führen. Die Atomkraft sei nicht nur die gefährlichste, sondern auch eine sehr teure Art der Energieerzeugung. Jeder in die Atomkraft investierte Euro könne zehn Mal mehr Emissionen einsparen, wenn er für Energie-sparmaßnahmen eingesetzt würde, so FoEE-Experte Kowalzig. Die hohen Kosten der Atomenergieerzeugung resultierten nicht nur aus dem Bau und Betrieb der Meiler, sondern auch aus der Bearbeitung und Lagerung des Jahrtausende strahlenden Mülls sowie dem Abbau der stillgelegten Anlagen.

### Forderungskatalog europäischer Umweltverbände

Die Umweltorganisationen CAN Europe, FoEE, Greenpeace, Transport & Environment und WWF benennen insgesamt sechs Bereiche, in denen die EU Maßnahmen für eine nachhaltigere europäische Energiepolitik durchführen soll:

- **Verbindliche Reduktionsziele**, die sich an dem Ziel orientieren, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen: Die EU soll ihre Emissionen bis 2020 um mindestens 30 und bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren. Um diese Ziele zu erreichen, soll die Kommission die Obergrenzen für die zweite Phase des europäischen Emissionshandels deutlicher begrenzen und die Lizenzen versteigern.
- **Effizienz**: Europa soll sich verbindlich darauf festlegen, den Energieverbrauch durch Energieeffizienzmaßnahmen um mindestens 20 Prozent zu reduzieren. Dadurch könnten die Energiekosten für die Haushalte und die Industrie gesenkt und Emissionen reduziert werden.

- **Erneuerbare**: Im Jahr 2020 sollte die EU 25 Prozent ihres Primärenergiebedarfs durch Erneuerbare Energien decken. Dadurch würde Europas Abhängigkeit von Energieimporten sinken und die externen Kosten durch die konventionelle Energieerzeugung reduziert.

- **Subventionen**: Subventionen, die „schmutzige“ Energie gegenüber umweltfreundlicher Energie künstlich billig machen, sollen endlich abgeschafft werden. Nach dem Verursacherprinzip sollen sich alle externen Kosten im Energiepreis widerspiegeln. Die Europäische Umweltagentur schätzt die externen Kosten für atomare und fossile Energie im Jahr 2003 auf 40 bis 70 Milliarden.

- **Atomkraft**: Die EU soll aus der gefährlichen und teuren Atomkraft aussteigen, die auf einem liberalisierten Energiemarkt ohne staatliche Hilfe überhaupt nicht überleben könnte. Es darf keine europäischen Forschungsgelder mehr für Kernschmelzung und -fusion geben. Die Gelder sollten stattdessen für Energieeffizienz- und Erneuerbaren-Projekte verwendet werden.

- **Verkehr**: Europa soll das zukunftsgefährdende Wachstum im Verkehrssektor unbedingt stoppen. Der Verkehrssektor verbraucht nicht nur 80 Prozent der Ölimporte, er verschlingt auch ein Drittel des europäischen Energiebedarfs. Die Kommission soll außerdem Maßnahmen ergreifen, um die Treibstoffeffizienz in den nächsten zehn Jahren zumindest zu verdoppeln. (tl) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission: Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“; (deutsch; PDF, 23 S., 220 kB)  
[www.europa.eu.int/comm/energy/green-paper-energy/doc/2006\\_03\\_08\\_gp\\_document\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf)

Jan Kowalzig, Klima-Campaigner, Friends of the Earth Europe, Brüssel  
 Tel. 0032 2 / 54 26 102  
 eMail: [jan.kowalzig@foeeurope.org](mailto:jan.kowalzig@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

Mahi Sideridou, Klima-Campaignerin, Greenpeace European Unit, Brüssel  
 Tel. 0032 2 / 2741904  
 eMail: [mahi.sideridou@greenpeace.org](mailto:mahi.sideridou@greenpeace.org)

## Eine Million Europäer/innen gegen Atomenergie

### Unterschriftenkampagne gegen Atomkraft

Nach einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage sehen knapp 80 Prozent der EU-Bürger/innen erneuerbare Energien als beste Alternative zu teuren Erdöl- und Erdgasimporten. Lediglich zwölf Prozent bevorzugen Atomkraft. Um diesen offenkundigen Mehrheiten ein größeres politisches Gewicht zu verleihen, haben Friends of the Earth, Sortir du Nucleaire (Frankreich), Atomstopp (Österreich), WISE (Niederlande) und Women for Peace (Finnland) die Unterschriften-Kampagne „Eine Million Europäer gegen Atomkraft“ initiiert, die von 150 europäischen Organisationen unterstützt wird.

Europaweit sollen eine Million Unterschriften für den Atomausstieg von Menschen aus möglichst vielen europäischen Staaten gesammelt werden. Die gesammelten Stimmen werden im Herbst in Brüssel öffentlichkeitswirksam an die verantwortlichen Politiker übergeben.

Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und alle EU-Mitgliedstaaten werden aufgefordert:

- „Stoppen oder verhindern Sie den Neubau von Atomanlagen in Europa.
- Veranlassen Sie, dass die Europäische Union und jeder Staat der EU, der Atomkraftwerke betreibt, Ausstiegspläne aus der Atomenergie vorlegt - der Atomausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen.
- Setzen Sie sich für ein umfassendes Investitionsprogramm in Richtung Energieeffizienz und Entwicklung von Erneuerbaren Energien ein!
- Setzen Sie sich für das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten EURATOM-Vertrages ein. Mit diesem Vertrag werden öffentliche Gelder für die Stützung der Atomindustrie verwendet!“ (tl) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Thorben Becker, Berlin  
Tel. 030 / 275864-0  
[www.bund-gegen-atomkraft.de](http://www.bund-gegen-atomkraft.de) („Europa“)  
Zur Unterschriftenkampagne Feld oben rechts anklicken (Formular zur Online-Unterzeichnung sowie Unterschriftenliste zum Ausdrucken)

## Steuer auf Flugtickets in Frankreich

### Ab Juli geht ein Prozent des Ticketpreises in Entwicklungshilfe

Ab Juli wird in Frankreich für jedes Flugticket eine Abgabe von etwa einem Prozent fällig, die in die Entwicklungshilfe fließen wird. Diese Solidaritätsflugsteuer soll helfen den Flugverkehr und seine Emissionen um ein Prozent zu reduzieren. Das französische System sieht dabei für Berufsflieger deutlich höhere Abgaben vor.

### NGOs fordern Kerosinsteuer

Nach Ansicht der NGO Transport & Environment (T&E) wird der Umweltnutzen angesichts der generell hohen CO<sub>2</sub>-Wachstumsraten jedoch relativ gering ausfallen, vor allem wenn die Steuer auf wenige Länder beschränkt bleibt. T&E und andere NGOs fordern daher von der EU-Kommission ein Maßnahmenpaket, um den Flugverkehr stärker einzudämmen. Teil davon müsse eine Abgabe auf Kerosin oder CO<sub>2</sub> sowie die Aufnahme des Flugverkehrs in den Emissionshandel sein. Die EU-Energiesteuerrichtlinie erlaube schon heute nationale Kerosinsteuern. Nun müssten dies möglichst viele Mitgliedstaaten nutzen, bis es zu einer EU-einheitlichen Besteuerung komme.

Deutschland hat allerdings klar gemacht, dass es sich nicht für eine einheitliche Besteuerung von Flugbenzin in der EU stark machen wird. Dies sei derzeit nicht durchsetzbar. Eine nationale Steuer ist allerdings auch nicht in Sicht - im Gegenteil überlegt die Regierung, ob Fluggesellschaften und Bevölkerung zusätzliche Kosten überhaupt tragen könnten.

### Ticketabgabe schon in 12 Staaten

Auf einer Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, zu der Frankreichs Staatspräsident Chirac geladen hatte, haben Anfang März zwölf weitere Staaten zugesagt, Abgaben auf Flugtickets zu erheben, um damit zusätzliche Entwicklungshilfe zu leisten: Großbritannien, Luxemburg, Zypern, Norwegen und acht Entwicklungsländer. (tl, tf) ■

### • Weitere Informationen

T&E, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5029909  
eMail: [info@t-e.nu](mailto:info@t-e.nu)  
[www.t-e.nu](http://www.t-e.nu)  
Quelle: Environment Daily 02.03.06

## Newsticker

### EU-Forschungsrahmenprogramm: Millionen für Atomforschung

Umweltorganisationen protestieren gegen die Sonderbehandlung der Atomforschung im 7. Forschungsrahmenprogramm für 2007 bis 2013, vor allem auf die hohen Ausgaben im Rahmen des EURATOM-Vertrages. Es sei auffällig, dass der Kommissionsvorschlag zum Forschungsrahmenprogramm der Atomkraft erneut eine Sonderstellung einräume. Friends of the Earth Europe kritisieren, dass für die EURATOM-Forschung 4,75 Milliarden Euro zur Verfügung stehen sollen, doch nur knapp 3 Milliarden für andere Energietechnologien - und hier auch noch in erster Linie CO<sub>2</sub>-Speicherung und -Abscheidung. Erneuerbare Energien und Effizienzprojekte würden vernachlässigt. (tl) [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

### Weltweit größter CO<sub>2</sub>-Speicher in Dänemark eröffnet

In Dänemark ist die weltweit größte Anlage zur Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> in Betrieb gegangen. Das Pilotprojekt am Kraftwerk Esbjerg bei der süddänischen Hafenstadt Esbjerg dient zur Erforschung der Technologie, CO<sub>2</sub> aus Kraftwerksabgasen zu binden und unterirdisch zu speichern. Das Vorhaben mit dem Namen CASTOR wird aus dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm gefördert. Aus Sicht der EU-Kommission kann CO<sub>2</sub>-Speicherung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, solange die Wirtschaft zur Energiegewinnung weiter auf fossile Brennstoffe setze. Die CO<sub>2</sub>-Speicherung wird von Umweltschützern wegen ihrer hohen Kosten und der großen Unsicherheit darüber, wie lange das Gas eingeschlossen bleibt, sehr kritisch gesehen. (tl)

Quelle: [www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

### Türkei will Atomkraft massiv ausbauen

Die türkische Regierung hat den Neubau von drei bis fünf Atomkraftwerken zur obersten Priorität erklärt. Bis 2020 sollen die Anlagen mit einem Investitionsvolumen von 11 Milliarden Euro fertig gestellt sein. Das erste AKW soll spätestens 2012 ans Netz gehen. Momentan deckt die Türkei 90 Prozent ihres Gasbedarfs aus russischen und iranischen Pipelines. Die geplanten Meiler würden zusammen zehn Prozent des türkischen Energiebedarfs abdecken. (tl)

Quelle: [www.euractiv.org](http://www.euractiv.org)

## H5N1: Verbreitung durch Geflügelindustrie

**Unkontrollierter Handel mit Geflügel und sorgloser Umgang mit Abfällen**  
Nicht Wildtiere, sondern Abfall und ver-seuchte Produkte der Geflügelindustrie sind nach aktuellen Analysen der wichtigs-te Verbreitungsweg für das Vogelgrippe-Virus H5N1. Die Ausbrüche in Nigeria, Ägypten, Indien und der Türkei waren von Geflügelzuchtbetrieben ausgelöst worden, die infizierte Vögel oder Futter eingeführt hatten, vermutet BirdLife International. Wildvögel steckten sich an infiziertem Ge-flügel an, nicht umgekehrt. BirdLife be-gründet dies mit den ausgebliebenen Ausbrüchen der Seuche in Afrika und ent-lang der Vogelzugrouten und der bis Feb-ruar verschwindend geringen Anzahl infi-zierter Wildvögel.

Für die Einwanderung von infizierten Was-servögeln aus Osteuropa nach Nord-deutschland macht BirdLife Fischfarmen in Russland, China und mehreren osteuropä-ischen Ländern verantwortlich, die nicht sterilisierte Abfallstoffe aus Geflügelfarmen als Fischfutter verwenden. Landwirte be-nutzten diese zudem als Dünger.

### Internationaler Handel mit Geflügelprodukten: Kaum Kontrollen

Der weltweit kaum kontrollierte Handel mit Geflügel und Geflügelprodukten sowie der sorglose Umgang mit den großen Mengen an Abfall und Kot aus Geflügelfarmen sind demnach die Hauptfaktoren bei der Ver-breitung von H5N1. Zu diesem Schluss kommt auch die internationale Nichtregie-rungsorganisation Grain, die sich um die genetische Vielfalt von Nutzpflanzen und -tieren kümmert. Grain schreibt in einem aktuellen Report zur Vogelgrippe, dass „Regierungen und internationale Behör-den von falschen Annahmen über Ausbrei-tung und Vermehrung der Erkrankung ausgehen und deshalb fatalerweise Maß-nahmen ergreifen, die der weiteren In-dustrialisierung der Geflügelhaltung auf der ganzen Welt Vorschub leisten“. Statt einer Lösung drohe damit eine Verschär-fung des Problems. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Quellen und weitere Informationen:  
[www.birdlife.org/action/science/species/avian\\_flu](http://www.birdlife.org/action/science/species/avian_flu)  
[www.ftd.de/forschung/53222.html](http://www.ftd.de/forschung/53222.html)  
[www.grain.org/nfg/?id=372](http://www.grain.org/nfg/?id=372) (Report)

## EU-Gelder gefährden die biologische Vielfalt

**WWF: Strukturfonds-Förderung hat viele negative Umweltauswirkungen**  
Umweltverbände sind besorgt über die negativen Folgen für die Umwelt durch In-frastrukturprojekte, die durch EU-Struktur-fonds subventioniert werden. 34 % des EU-Haushalts fließen in die so genannten Struktur- und Kohäsionsfonds zur Regio-nalentwicklung. Dem stehen 0,06 % ge-genüber, die für unmittelbare Natur-schutzmaßnahmen im Rahmen des LIFE-Budgets ausgegeben werden. Angesichts dieses Verhältnisses bleiben schützens-werte Tiere und Pflanzen oft auf der Stre-cke.

### WWF legt „Schwarzbuch“ zu Umwelt zerstörenden Subventionen vor

Der neue WWF-Report „Conflicting EU Funds“ belegt, dass mit der europäischen Subventionspolitik oftmals die biologische Vielfalt zerstört und damit das 2010-Biodiversitätsziel<sup>1</sup> der EU untergraben wird. Ob Tunfischfarmen, Staudämme, Au-tobahnen oder Wasserstraßen - in acht Fallbeispielen beschreibt der WWF-Report, wie mit EU-Geldern einmalige Naturschät-ze zerstört werden. So deckt der Bericht auf, dass allein in Spanien 20 Dämme und 16 Straßen mit EU-Geldern gebaut wer-den, obwohl sie mitten in Natura-2000-Schutzgebieten, dem wichtigsten EU-Instrument für den Biodiversitätsschutz, liegen.

### NGOs warnen vor Subventionierung unnachhaltiger Projekte in Osteuropa

Die europäischen Umweltverbände CEE Bankwatch Network und Friends of the Earth Europe warnten im März die EU-Kommission vor den negativen Umwelt-auswirkungen geplanter Infrastrukturpro-jekte in Osteuropa, die mit Hilfe von Struk-turfonds in der Förderperiode 2007-2013 finanziert werden sollen. Anhand von 22 geplanten Projekten wiesen die Verbände auf die Gefahr hin, dass Milliarden in nicht nachhaltige Projekte investiert werden. Diese Projekte beinhalten Autobahnen durch Natura-2000-Gebiete, „unnötige“ Müllverbrennungsanlagen und „ökono-misch nicht zu rechtfertigende“ Dämme und Kanäle mit negativen Folgen auf Na-

tura-2000-Gebiete. Die Verbände bemän-geln, dass Umweltverträglichkeitsprüfun-gen in diesen Gebieten nicht ordnungs-gemäß durchgeführt worden seien.

### Überprüfung der EU-Förderrichtlinien für die Periode 2007-2013

Derzeit stehen die EU-Förderrichtlinien für die Zeit von 2007 bis 2013 auf dem Prüf-stand - höchste Zeit, die widersprüchli-chen Zielsetzungen zu korrigieren, so die Forderung der Umweltverbände. Die EU müsse die Förderung von Projekten ein-stellen, wenn sie den eigenen Natur-schutzzielen und den eigenen Umweltge-setzen zuwiderlaufen. Der WWF fordert außerdem eine Prioritätenliste für Maß-nahmen zum Schutz der Artenvielfalt in Natura-2000-Schutzgebieten. Wichtig sei hier, dass die einzelnen Mitgliedsländer mit guten Beispielen vorangingen. (bv) ■

### • Weitere Informationen

WWF, Martina Fleckenstein, EU-Politik und ländliche Entwicklung, Große Prä-sidentenstr. 10, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308742-11, Fax -50  
eMail: [fleckenstein@wwf.de](mailto:fleckenstein@wwf.de)

WWF-Report: Conflicting EU Funds;  
PDF-Download (76 S., 8 MB):  
[www.wwf.de/imperia/md/content/politik/strukturfonds/1.pdf](http://www.wwf.de/imperia/md/content/politik/strukturfonds/1.pdf)

CEE Bankwatch: 6 Milliarden für zer-störerische Projekte in Osteuropa;  
[www.bankwatch.org/newsroom/releases.shtml?x=1601568](http://www.bankwatch.org/newsroom/releases.shtml?x=1601568)

Quellen: Pressemitteilungen CEE Bank-watch 10.03.2006, WWF 3.3.2006;  
Environment Daily 13.3.2006

<sup>1</sup> Die EU hat sich dazu verpflichtet, bis 2010 den Biodiversitätsverlust zu stoppen; 2003 haben 53 europäische Umweltminister/innen dem Ziel für ihre Länder zugestimmt.

## Wie kann Europa sein 2010-Biodiversitätsziel erreichen?

### 4. PEBLDS-Tagung zu Biodiversität

Ende Januar trafen sich Regierungsvertreter und Umweltschützer auf der vierten „Zwischenstaatlichen Konferenz Biodiversität in Europa“ in Kroatien, um die bisherigen Bemühungen der EU, dem Biodiversitätsverlust bis 2010 Einhalt zu gebieten, zu bewerten. Zu den Hauptthemen gehörten die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Biodiversität, die Wechselbeziehung zwischen Biodiversität und land- und forstwirtschaftlicher Nutzung, die Etablierung von ökologischen Netzwerken und geschützten Gebieten und die Bekämpfung von invasiven Arten. Außerdem sollte die Konferenz zur Vorbereitung der europäischen Position zur Nachfolgekonferenz COP 8 des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt<sup>1</sup> (CBD) Ende März in Brasilien dienen.

Die „Zwischenstaatliche Konferenz Biodiversität in Europa“ wird vom UN-Umweltprogramm UNEP und dem Europarat alle zwei Jahre im Rahmen der „Gesamteuropäischen Strategie für biologische und landschaftliche Vielfalt“ (PEBLDS<sup>2</sup>) organisiert und soll als Motor zur Erreichung des 2010-Biodiversitätsziels dienen. Die europäische Region hat bisher neun spezifische, messbare Unterziele angenommen, um sicherzustellen, dass das 2010-Ziel erreicht wird.

### EEB-Kritik zur schleppenden Umsetzung der SUP-Richtlinie

Das Europäische Umweltbüro (EEB) wies darauf hin, dass in der EU bereits die meisten benötigten Instrumente und Politiken zum Stopp des Biodiversitätsverlusts existierten. Es mangle vielmehr an der korrekten Anwendung und Umsetzung. Dies habe insbesondere die EEB-Studie „Biodiversity in Strategic Environmental Assessment“ zur Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung (SUP)<sup>3</sup> gezeigt. Die schleppende Umsetzung und Anwendung der Strategischen Umweltprüfung

in den Mitgliedstaaten untergrabe die Bemühungen der EU, das 2010-Biodiversitätsziel zu erreichen.

Die Studie zeigt den dringenden Bedarf an einer Interessenvertreter-Beteiligung in den Mitgliedstaaten. Zudem sei es wichtig, die Ergebnisse der Strategischen Umweltprüfung so früh wie möglich in den Planungsprozess auf nationaler Ebene einzubeziehen. Am wichtigsten sei jedoch, dass die Mitgliedstaaten die Strategische Umweltprüfung so früh wie möglich vornehmen und in ihrer Planung für die Strukturfonds für 2007-2013 berücksichtigen. (bv) ■

### • Weitere Informationen

zur Konferenz:

UNEP, Michael Williams, Genf  
Tel. 0041 22 / 9178242  
eMail: michael.williams@unep.ch  
www.strategyguide.org

zur Strategischen Umweltprüfung:

EEB, Pieter de Pous, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2891306  
eMail: pieter.depous@eeb.org  
www.eeb.org

Studie „Biodiversity in Strategic Environmental Assessment“ - Download:  
www.eeb.org/activities/biodiversity/  
Final-SEA-report-060206.pdf

Quellen: www.unep.org  
www.eeb.org/press/pr\_slow\_SEA\_  
application\_biodiversity\_230206.htm

## Newsticker

### Vogelschutz: EuGH rügt Portugal und Italien

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Gutachten zur Auslegung der EU-Vogelschutzrichtlinie von 1979 herausgegeben, die Italien und Portugal betreffen. Generalanwalt Leendert Geelhoed unterstützt italienische Tierschutzverbände in einem Rechtsstreit mit der Regionalverwaltung Lombardei über die Aufhebung des Jagdverbotes von Buchfinken und Bergfinken (Fall C-60/05). Generalanwältin Juliane Kokott empfiehlt, Portugal bezüglich der Aufhebung des speziellen Schutzstatus von 3.000 ha Grünland im Jahr 2002 zu mahnen (Fall C-191/05). (bv)  
Quelle: Environment Daily 02.03.06

### EuGH-Urteil: Regelungsausschuss für Wald-Fokus-Programm bleibt bestehen

Die EU-Kommission hat vor dem Europäischen Gerichtshof eine Klage gegen Ministerrat und Parlament bezüglich des Wald-Fokus-Programms verloren. Die Kommission klagte, weil sie die Bildung eines Regelungsausschuss im Rahmen des Komitologieverfahrens für ungerechtfertigt hielt. Die Vorgaben hätten lediglich einen beratenden oder Verwaltungsausschuss zugelassen. Ein Regelungsausschuss beschneide die Macht der Kommission, das Budget des Wald-Fokus-Programms angemessen zu verteilen. Im Rahmen des Regelungsausschusses kann die Kommission nur dann Durchführungsmaßnahmen erlassen, wenn die im Ausschuss vertretenen Mitgliedstaaten eine positive Stellungnahme abgegeben haben. Andernfalls wird die Sache an den Ministerrat verwiesen. Kommt auch hier keine Einigung zustande, legt die Kommission die Durchführungsmaßnahme fest. Der Regelungsausschuss bleibt nun im Zusammenhang mit dem Wald-Fokus-Programm bestehen. (ut)

Quelle: Environment Daily, 01.03.2006

### WWF: Input zu sozial-ökonomischem Nutzen von Natura 2000 gesucht

Der WWF sucht Beispiele für eine Studie, wie Natura 2000 sozio-ökonomischen Nutzen und Umweltleistungen erbringt, die sonst anderweitig zu zahlen wären. Wer solche Fälle kennt, leite sie bitte weiter an Audrey Boisseau, WWF-EPO, Brüssel, eMail: aboisseau@wwfepo.org, Tel. 0032 2 / 7438812. (bv)

1 Conference of the Parties of the Convention on Biological Diversity

2 Pan-European Biological and Landscape Diversity Strategy

3 engl. SEA = Strategic Environmental Assessment. Die Richtlinie 2001/42/EC soll sicherstellen, dass die Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme bereits während der Vorbereitung erkannt und bewertet werden.

## Eindämmung des Handels mit illegal geschlagenem Holz

Nur wenige Monate nach der Verabschiedung der EU-Richtlinie zu Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT<sup>1</sup>) im Oktober 2005 hat sich die EU-Kommission erneut mit Maßnahmen zur Eindämmung des Handels mit illegal geschlagenem Holz auseinandergesetzt. Auf einem Treffen in Brüssel Ende Januar diskutierten verschiedene Akteure Maßnahmen zur weiteren Eindämmung des Handels mit illegal geschlagenem Holz. Die EU-Kommission will Ende des Sommers einen weiteren Maßnahmenkatalog vorlegen. Dabei wird sie drei Bereiche betrachten: das europäische Strafrecht, Handelsmaßnahmen wie ein Handelsverbot und internationale Rahmenwerke wie die Zusammenarbeit der Zollbehörden oder das UN-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Umweltgruppen sind enttäuscht über die langsamen Fortschritte der EU-Kommission, da ein Bericht über weitere Maßnahmen bereits für Ende 2004 angekündigt war. (ut)  
Quelle: Environment Daily, 01.02.06

## Bundesforsten erhalten FSC-Zertifikat

Teile des bundeseigenen Waldes werden künftig nach den Richtlinien des Forest Stewardship Council (FSC)<sup>2</sup> bewirtschaftet. Dies hatte die rot-grüne Bundesregierung bereits 2002 vereinbart. Nach verschiedenen Verzögerungen wurde das FSC-Zertifikat für erste Teilflächen nun Anfang März überreicht. Diese zertifizierten Flächen liegen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern und sind insgesamt 32.000 ha groß. Die Gesamtfläche der Bundesforsten umfasst ca. 600.000 ha. Rund 145.000 ha davon unterliegen keiner militärischer Nutzung und können somit FSC-zertifiziert werden. (bv)  
Quelle: www.fsc-deutschland.de

1 Durch FLEGT kann die EU-Kommission Partnerschaften mit Regierungen Holz exportierender Länder schließen. Diese freiwilligen Vereinbarungen sind jedoch häufig wirkungslos, wie Umweltverbände kritisieren. Weitere Informationen zu FLEGT im EUR Sonderheft 02/03.06.

2 Der FSC ist eine internationale nichtstaatliche Dachorganisation mit dem Ziel, den Erhalt der Wälder durch ihre umweltgerechte, sozial verträgliche und wirtschaftlich tragfähige Bewirtschaftung zu gewährleisten. Dazu hat der FSC ein weltweit gültiges Prüfsiegel für Holzprodukte geschaffen, das auf der Einhaltung von verbindlichen Prinzipien und Kriterien beruht. Weitere Informationen siehe EUR Sonderheft 02/03.06.

## 6. UN-Waldforum in New York legt globale Ziele fest

Auf dem 6. UN-Waldforum Ende Februar in New York wurden wesentliche Schritte zur weltweit nachhaltigen Waldbewirtschaftung vereinbart: Dazu gehört der Stopp des globalen Waldverlustes mittels nachhaltiger Waldbewirtschaftung, die Verbesserung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Wirkungen der Wälder, die Ausweitung der Fläche geschützter Wälder sowie eine Erhöhung der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Waldbereich. Der Fortschritt in der Erreichung der vier Waldziele wird im Jahr 2015 einer umfassenden Überprüfung unterzogen. Um den globalen Waldzielen und den Umsetzungsmaßnahmen zusätzliches Gewicht zu verleihen, wird das UN-Waldforum im Jahr 2007 eine politische Erklärung zur Annahme auf höchster Ebene vorlegen. (bv)  
Quelle: www.lebensministerium.at/article/articleview/43929/1/6655  
Weitere Informationen: EUR Sonderheft 02/03.06

## Baikal-Pipeline wird gebaut - Umweltkatastrophe droht

Trotz der Gefahr einer Umweltkatastrophe darf eine umstrittene Ölpipeline am russischen Baikalsee gebaut werden. So entschied der Oberste Gerichtshof Russlands. Umweltschützer, die das Gericht angerufen hatten, kündigten an, sich gegen den Beschluss zu wehren. Die Pipeline soll in unmittelbarer Nähe an dem sibirischen See vorbeiführen - dem größten Süßwasserreservoir der Welt. Die Bauarbeiten sollen im Juli beginnen. Die Gefahr einer Ölpest sei nicht zuletzt wegen des Erdbebenrisikos in der Region groß, so die Umweltschützer. (bv)  
Quelle: taz, 11.03.06

## IUCN-Chef Achim Steiner wird Klaus Töpfers Nachfolger als UNEP-Direktor

Der Deutschbrasilianer Achim Steiner, Leiter der Weltnaturschutzorganisation IUCN, hat von Klaus Töpfer das Amt des Leiters des UN-Umweltprogramms UNEP übernommen. Steiner wurde Mitte März von Kofi Annan nominiert. Laut Süddeutscher Zeitung gilt er als Bruder im Geiste Töpfers: „Global agierend, ohne nationale oder weltanschauliche Scheuklappen, entschieden in der Sache, verbindlich im Ton“. (bv)  
Quellen: Environment Daily, 17.03.06, Süddeutsche Zeitung, 16.03.06

## WWF-Studie: Weltweit sind zwei von drei Flüssen verbaut

Weltweit ist nur noch ein Drittel der 177 Flüsse ab 1.000 Kilometer Länge und ihrer Nebenflüsse frei von Dämmen, Stau-stufen und Sperrwerken. Zu diesem Ergebnis kommt eine Mitte März erschiene WWF-Studie. Die meisten der letzten frei fließenden Flüsse fand der WWF in Asien, gefolgt von Süd- und Nordamerika. In Europa genügt einzig die Petschora in Russland den Kriterien der aktuellen WWF-Studie. In Deutschland weisen von den vier großen Flüssen Rhein, Donau, Elbe, Oder zwar drei noch längere freie Fließstrecken auf, doch sind sie alle durchgängig durch Uferbefestigungen und Hochwasserdeiche erheblich beeinträchtigt. (bv)  
Quelle: www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02926  
Studie: „Free-flowing rivers“; Download: www.wwf.de/imperia/md/content/pdf/fluessundauen/6.pdf

## Großbritannien: Spatzen-Rückgang durch Handystrahlung?

Nachdem die Anzahl der Spatzen in Großbritannien seit 1994 auf fast die Hälfte zurückgegangen ist (in London auf ein Viertel), soll jetzt in einer Großstudie untersucht werden, ob die explosionsartige Zunahme elektromagnetischer Wellen durch Mobiltelefone die Spatzenpopulation auslöscht. Das Verschwinden der Arten aus großen Städten fällt zeitlich mit der Aufstellung von Mobilfunksendern zusammen. Studien warnen vor den Wirkungen dieser Strahlung auf das Fortpflanzungssystem. (bv)  
Quellen: www.esmognews.de/news/gbvoegelstudie.htm  
www.observer.co.uk/uk\_news/story/0%2C6903%2C873195%2C00.html

## Neue Publikation zum Thema Strukturfonds

Das Greening Regional Development Programmes Network hat eine neue Studie zum Thema „Partnerschaften für nachhaltige Regionalentwicklungsprogramme“ vorgelegt. (bv)  
Download (engl.):  
www.environment-agency.gov.uk/commodata/acrobat/partnership\_report\_1305192.pdf

### Streit um Prioritäten in der EU-Verkehrspolitik hält an

#### **Straßensicherheits-Aktionsprogramm ohne durchgreifende Wirkung**

Die Diskussionen um die langfristigen Ziele der europäischen Verkehrspolitik gehen weiter. Derzeit wird das Weißbuch Verkehr überarbeitet, in dem 2001 diese Ziele festgelegt wurden. Nach einem Zwischenbericht der Kommission vom Februar werden die meisten Mitgliedstaaten es vermutlich nicht schaffen, die Zahl der Verkehrstoten bis 2010 zu halbieren. Dieses Ziel war vor drei Jahren in das 3. Straßensicherheits-Aktionsprogramm der Kommission aufgenommen worden. Nach der EU-Erweiterung 2004 schrieb man die Zahl von höchstens 25.000 tödlichen Unfällen pro Jahr fest.

Die Bilanz im Jahr 2005 war von diesem Ziel weit entfernt. Auf den Straßen der Europäischen Union starben 41.600 Menschen durch Verkehrsunfälle. Das waren zwar im Vergleich zu 2001 17,5 Prozent weniger. Wenn aber die Entwicklung in diesem Tempo weitergeht, gibt es 2010 immer noch 32.500 Verkehrstote.

#### **EU-Kommission: Hightech-Autos bringen mehr Sicherheit**

Doch statt Gesetze auf den Weg zu bringen, die zu einem signifikanten Rückgang der Verkehrstoten führen könnten, wie es der Europäische Verkehrssicherheitsrat (ETCS) fordert, setzt die Kommission auf High-Tech bei Fahrzeugen. Die so genannte „Initiative für intelligente Autos“ ist der Schwerpunkt ihrer umfassenden Straßensicherheitsstrategie. Danach sollten z.B. so schnell wie möglich alle Autos, auch billige Modelle, mit Antiblockiersystemen (ABS) und elektronischen Stabilisierungssystemen ausgestattet werden.

#### **Verkehrssicherheitsrat will Zusatz-Rückspiegel und Tagesfahrlicht**

Der Verkehrssicherheitsrat kritisierte diesen Ansatz. Man dürfe nicht nur schauen, welche Technik existiere, es müsse auch geprüft werden, welche Politik notwendig ist, um die Technik zu unterstützen. Die Technik könne lediglich die Politik unterstützen zum Nutzen einer höheren Sicherheit. Der ETCS empfahl der Kommission sofort eine Pflicht für zusätzliche Rückspiegel gegen den Toten Winkel sowie für das Fahren mit Licht auch bei Tag zu erlassen.

#### **Lobbyverband ERF: Mehr Straßenbau sichert EU-Wohlstandsmodell**

Der Europäische Straßenverband (ERF) forderte im März von der EU höhere Ausgaben für die Straßeninfrastruktur. Zuvor veröffentlichte der Verband eine Studie über den sozioökonomischen Nutzen des Straßenverkehrs. Danach trägt der Straßenverkehr bis zu 20 Prozent zum europäischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Aus Sicht des ERF gefährden die angeblich sinkenden Investitionen für Straßen das Wohlstandsmodell, das auf der sicheren und effizienten individuellen Mobilität basiere.

#### **T&E fordert Stopp aller Subventionen auf der Straße und in der Luft**

Auf der anderen Seite beklagen auch Interessenvertreter der Schiene seit der EU-Finanzplanung 2007-2013 sinkende Budgets für Projekte des transeuropäischen Verkehrsnetzwerks (TEN-T). Europäische Umweltverbände kritisieren seit langem, dass die Mitgliedstaaten den Straßenverkehr und die Autoindustrie unterstützen. Der Verkehrsverband T&E fordert, jegliche Subventionen für den Straßen- und Luftverkehr so schnell wie möglich zu stoppen. Weitere Ansatzpunkte seien das Ende von nationalen Steuererleichterungen für Autofahrer und von Mehrwertsteuerbefreiungen für den internationalen Verkehr. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
[www.europa.eu.int/comm/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/index_de.html)

European Transport Safety Council (ECTS), Rue de Cornet 22, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2304-106, Fax -215  
eMail: [communication@etsc.be](mailto:communication@etsc.be)  
[www.etsc.be](http://www.etsc.be)

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, Rue de la Pépinère, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
eMail: [jos.dings@t-e.eu](mailto:jos.dings@t-e.eu)  
[www.t-e.eu](http://www.t-e.eu)

### Verkehrsbedingter Energieverbrauch zu hoch

#### **Experten fordern Steuerung der Nachfrage**

Eine EU-Expertengruppe hat den Umwelt- und Verkehrsbeirat der Europäischen Kommission aufgefordert, eine spezifische Strategie zu entwickeln, mit der der verkehrsbedingte Energieverbrauch gesenkt werden kann. Bisher habe sich die Energiepolitik der EU im Verkehrssektor nur auf die Energieeffizienz konzentriert. Zwar könnten Maßnahmen wie die des Transeuropäischen Verkehrsnetzwerks (TEN-T) zur Stauvermeidung den Energieverbrauch reduzieren. Doch auf lange Sicht würde dieser Effekt durch Fernreisen wieder aufgehoben, so die Experten.

#### **10 Prozent weniger Autoverkehr möglich**

In ihrem Bericht plädieren die Experten für eine Politik, die verstärkt die Nachfrage steuert, z. B. durch die Erhöhung der Kosten für den Individual- und Frachtverkehr. Solche Maßnahmen hätten ein „eindrucksvolles Potenzial“ zum Energiesparen.

Laut der Expertengruppe kann der Autoverkehr in Europa um 10 Prozent verringert werden, wenn z. B. Programme zum ökologischen Fahren oder unverbindliche Ziele für den Energieverbrauch bis 2020 eingeführt werden. Eine weitere Folge könnte die Verlagerung von etwa 10 Prozent der Transporte von der Straße auf die Schiene und auf Binnenschiffe sein. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
[www.europa.eu.int/comm/dgs/energy\\_transport/index\\_de.html](http://www.europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/index_de.html)

Bericht der Expertengruppe:  
[www.forum.europa.eu.int/Public/irc/env/transport/library?l=/reducing\\_transport/reports/transport\\_1812006pdf/\\_EN\\_1.0\\_](http://www.forum.europa.eu.int/Public/irc/env/transport/library?l=/reducing_transport/reports/transport_1812006pdf/_EN_1.0_)

### Deutscher Vorstoß zur EURO-5-Norm

#### Vorschlag im Wettbewerbsministerrat: Jetzt Standard für 2013 festlegen

Deutschland hat im Wettbewerbsministerrat ein Vorschlagspapier zur EURO-5-Verordnung<sup>1</sup> eingebracht. Darin fordert die deutsche Delegation die Emissionswerte für Dieselmotoren der Post-EURO-5-Norm bereits jetzt festzulegen. Der Vorstoß, der bereits im März im Umweltrat diskutiert wurde, fand großen Zuspruch.

#### Die Euro-5-Norm

Der Vorschlag für die EURO-5-Norm wurde letzten Dezember vorgelegt. Er sieht eine Senkung der Stickoxidemissionen bei Dieselmotoren auf ein Niveau von 200 Gramm pro Kilometer ab 2008 vor. Eine Überprüfung der Werte ist für 2009 angesetzt. Daraus soll dann die EURO-6-Norm abgeleitet werden, die voraussichtlich 2013 in Kraft treten soll.

#### Der deutsche Vorschlag

Der deutsche Vorschlag sieht für die EURO-5-Norm einen höheren Standard als das Papier vom Dezember vor. Danach sollen anstelle von 200 nur 180 Gramm Stickstoffoxid pro Kilometer freigesetzt werden dürfen. Außerdem soll sich die EU jetzt auf einen einheitlichen Standard von 80 Gramm pro Kilometer für das Jahr 2013 einigen. Dies sei auch von Vorteil für die Planungssicherheit der Kraftfahrzeughersteller.

Für Benzinmotoren sieht der deutsche Vorschlag hingegen weniger Handlungsbedarf als der Vorschlag zur EURO-5-Verordnung. Die Stickstoffoxidemissionen sollten auf dem derzeitigen Wert von 80 Gramm pro Kilometer verharren, und nicht auf 60 gesenkt werden. Ziel sei es, die Stickstoffoxidemissionen bei 80 Gramm pro Kilometer für alle Motorentypen zu harmonisieren. Die Reduzierung bei Dieselmotoren sei zudem kosteneffizienter als bei Benzinmotoren, die bereits vergleichsweise sauber wären, so ein Vertreter der deutschen Delegation.

### T&E: Vorstoß positiv, Grenzwerte nicht ehrgeizig genug

Die Europäische Föderation für Verkehr und Umwelt (T&E) bewertet den deutschen Vorstoß vor allem aufgrund der langfristigen Perspektive als positiv und die Angleichung der Schadstoffgrenzwerte für die verschiedenen Motorentypen als vernünftig. Die EURO-5-Norm sollte nach Meinung der Nichtregierungsorganisation allerdings noch verschärft werden. Der Grenzwert von 80 Gramm Stickstoffoxidemission pro Kilometer könnte noch niedriger angesetzt werden. (ut) ■

#### • Weitere Informationen

Vorschlag der deutschen Delegation im Wettbewerbsrat:

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/06/st07/st07158.de06.pdf>

European Federation for Transport and Environment, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5029909  
eMail: [info@t-e.eu](mailto:info@t-e.eu)  
[www.t-e.eu](http://www.t-e.eu)

Quelle: Environment Daily, 15.3.2006

### Newsticker

#### Schiene unattraktiv für Güterverkehr

Die International Road Transport Union (IRU) hat auf einer Tagung in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) den Entwurf einer Studie vorgestellt, wonach die Erhöhung von Mautgebühren auf den europäischen Straßen keine Ausweichreaktion zugunsten der Schiene zur Folge hätte. Der Studie zufolge hätte eine flächendeckende Einführung und Anhebung der Maut auf einen Euro pro Kilometer nur eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene von etwa 1 Prozent zur Folge. IRU sieht in dieser Studie eine vorhergehende Untersuchung widerlegt auf die die Bahnunternehmen verweisen. Die erste Studie kam zu dem Ergebnis, dass eine Anhebung der Maut auf 60 Cent pro Kilometer einen erheblichen Anreiz auslösen würde von der Straße auf die Schiene auszuweichen. Wichtiger sei nach IRU der Ausbau der Infrastruktur der Schiene um gegenüber der Straße attraktiver zu werden. (ut)

Quelle: Environment Daily, 20.3.2006

<sup>1</sup> Vorschlag für eine Verordnung über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich ihrer Emissionen, über den Zugang zu Reparaturinformation für Kraftfahrzeuge und zur Änderung der Richtlinien 72/306/EWG und ../EG (EURO 5): [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0683de01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0683de01.pdf)

## Gastbeitrag Privatisierung: Schwingt das Pendel zurück?

### 4. Weltwasserforum in Mexiko: Bewegung hinter den Kulissen

Mit einer für viele enttäuschenden Ministererklärung<sup>1</sup> ist das 4. Weltwasserforum vom 16. bis 21. März in Mexiko-Stadt zu Ende gegangen. Zwar wird darin betont, dass Wasser Voraussetzung für das Leben aller Menschen ist. Die Regierungen konnten sich jedoch nicht darauf einigen, das „Menschenrecht auf Wasser“ zu bekräftigen; lediglich Bolivien, Venezuela, Kuba und Uruguay haben eine entsprechende Zusatzklärung unterzeichnet.

Anders die „Bewegungen zur Verteidigung des Wassers“, die parallel zum offiziellen Weltwasserforum in verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen auf ihre Perspektive des Umgangs mit Wasser aufmerksam gemacht hatten: In ihrem Abschlussdokument<sup>2</sup> erklären sie, dass Wasser ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht ist - und keine Ware, deren Handel im Rahmen von WTO- oder anderen Freihandelsabkommen geregelt werden darf. Sie fordern, dass das Management von Wasser in öffentlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle bleiben und im Einklang mit der Natur und mit den Rechten zukünftiger Generationen geregelt werden müsse.

### Durchbruch zu globaler Wasserbewegung

Das Weltwasserforum wird im Dreijahresrhythmus vom Weltwasserrat organisiert, einem internationalen Think-Tank für Wasserfragen, der sich vor allem die Privatisierung der Versorgungsstrukturen auf die Fahnen geschrieben hat. Zu dessen maßgeblichen Mitgliedern gehören die Wasserwirtschaft, die Weltbank und nationale Ministerien. In diesem Jahr befasste sich das Forum mit „Lokalen Aktionen für eine globale Herausforderung“, so der Titel der Konferenz.<sup>3</sup>

Erstmals wurde das Forum von eigenständigen Aktionen und Veranstaltungen der mexikanischen und internationalen

Wasserbewegung begleitet. Dies wurde als der wirkliche „Durchbruch“ zu einer globalen Wasserbewegung“ gefeiert, die sich ansonsten eher aus vielen nationalen und lokalen Kämpfen und Aktivitäten zusammensetzt und in ihrer globalen Vernetzung erst am Anfang steht. Auch für Mexiko selbst war dies von Bedeutung, da es nach negativen Erfahrungen bei der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey (2002) und der WTO-Ministerkonferenz Cancún (2004) nun zum ersten Mal gelang, dass mexikanische NGOs, Gewerkschaften und soziale Bewegungen miteinander und nicht gegeneinander ihren Protest zum Ausdruck brachten.

### Diskursverschiebungen

Im offiziellen Forum wurden die neuen Politiklinien für den Wassersektor schnell deutlich: Statt von „nachhaltigem Wachstum“ wird nun von „verantwortlichem Wachstum“ gesprochen, zu dessen Erreichung „alle Optionen offen“ seien, so die Vertreter von Weltbank und nationalen Regierungen. Dabei fällt auf, dass anders als in den letzten Jahren von der Trinkwasserversorgung nur noch als einer von mehreren Herausforderungen gesprochen wird; an erster Stelle wird der Wasserbedarf für Industrie und Landwirtschaft genannt. Damit wird die Perspektive erweitert - nicht nur die Wasserverteilung, sondern die Wasserressourcen selbst werden in den Blick genommen.

Während langsam eine Abkehr von der ausschließlichen Konzentration auf den Privatsektor und die Förderung privatwirtschaftlicher Beteiligung im Trinkwasserbereich stattfindet, werden durch die Hintertür Staudambau und andere Großprojekte zur Wassergewinnung (etwa zum Grundwasserabbau) wieder hoffähig gemacht. Alles im nationalen Gesamtinteresse und sicherlich auch im Gewinninteresse der großen Wasserkonzerne, die am Trinkwassersektor zumindest in den Ländern des Südens langsam das Interesse verlieren, da sich hier nicht genug verdienen lässt.<sup>4</sup>

Auch dafür, wie die gesamtgesellschaftliche Wasserversorgung sichergestellt werden kann, also welche Optionen verfolgt werden, wurden Vorschläge gemacht: Dies müsse unter Einbeziehung aller

„Stakeholder“ diskutiert werden. Alle Interessen müssten im nationalen Interesse gegeneinander abgewogen werden, und diejenigen, die zu den „Verlierern“ der zu fällenden Entscheidungen gehören, gegebenenfalls Entschädigungen erhalten. In Anbetracht der undemokratischen Verhältnisse vieler Staaten und der handfesten wirtschaftlichen Interessen, die hier eine Rolle spielen, dürfte dies wohl eher ein frommer Wunsch bleiben.

Zur Lösung der Trink- und Abwasserwasserproblematik wurden ebenfalls neue Wege angedeutet. Nachdem von Weltbank und anderen Gebern eingestanden werden musste, dass die hohen Erwartungen an private Unternehmen nicht gerechtfertigt sind, nimmt der Gestaltungsspielraum für die lokalen Regierungen zu. Sie können wieder stärker mitentscheiden, welches Betreibermodell ihnen angemessen erscheint. Nach dem Motto „Zugang lokaler Regierungen zu den Finanzmitteln“ sollen sie künftig die Hauptempfänger der Finanzallokationen werden - eine durchaus zwiespältige Politik, und so mehren sich schon kritische Stimmen, die befürchten, dass damit künftig die Nationalstaaten aus ihrer Verantwortung für die Umsetzung des Rechts auf Wasser entlassen und diese auf eine sehr viel schwächere und weniger einflussreiche Ebene übertragen werden soll.

### Was bedeutet „Recht auf Wasser“?

Auch wenn das Menschenrecht auf Wasser nicht in die offizielle Abschlusserklärung aufgenommen wurde, so wird dieses doch von immer mehr Akteuren explizit anerkannt. Allerdings gibt es hier große inhaltliche Unterschiede. So beschreibt der Weltwasserrat in seiner auf dem Forum vorgestellten Definition das Recht auf Wasser auf drei Ebenen:

- Wasser zum (Über-)Leben für den Einzelnen,
- Wasser für die Gesellschaft und für öffentliche Aufgaben und
- Wasser für die wirtschaftliche Entwicklung (also auch das Recht auf Wasser für Unternehmen).

Der Zugang zu Wasser wird im Wesentlichen über den Preis geregelt. Da es insbesondere in den ärmeren Ländern Menschen gibt, die keine entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung haben, muss das Recht auf Wasser über „Solidarität“ gewährleistet werden, und zwar Solidarität der reicheren Konsumenten mit den är-

1 [www.worldwaterforum4.org.mx/files/decministerial\\_ing.pdf](http://www.worldwaterforum4.org.mx/files/decministerial_ing.pdf) (3 S., 80 kB)

2 siehe W&E-Hintergrund (April 2006): [www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

3 siehe ebendort, Konferenzvorschau von Pepo Hofstetter

4 siehe auch W&E 11/2005: [www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

meren und Solidarität der reicheren Länder mit den ärmeren. Die „Friends of the Right to Water“, ein loser Zusammenschluss mehrerer NGOs und Netzwerke aus dem Norden und Süden, dem auch die Heinrich-Böll-Stiftung angehört, betonen demgegenüber stärker die lokale, öffentliche und demokratische Kontrolle der Wassersysteme. Sie beziehen sich stark auf den Rechtskommentar Nr. 15 des UN-Ausschusses für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte, der Wasser prinzipiell als öffentliches Gut anerkennt und seiner Kommodifizierung Grenzen setzt.

Eindeutig im Mittelpunkt stand das Menschenrecht auf Wasser auf den Veranstaltungen der NGOs und Bewegungen. Hier wurden negative Auswirkungen der privatisierten Trinkwasserversorgung angeklagt, erfolgreiche Proteste, wie z. B. in El Alto (Bolivien) gefeiert und neue Alternativen - etwa öffentlich-private Partnerschaften - diskutiert.

Auch wenn die großen Wasserkonzerne sich langsam aus den Märkten des Südens zurückziehen (müssen) und Weltbank und andere Geldgeber sich vorsichtig wieder für andere Betreiberformen öffnen, bleibt die Skepsis groß. Denn was unabhängig von der Betreiberfrage bleibt, ist der Gedanke, dass Wasser weniger ein öffentliches als ein Wirtschaftsgut sei, das kostendeckend produziert und bereitgestellt werden muss. ■

Gastbeitrag: Ingrid Spiller, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin<sup>1</sup>

### • Weitere Informationen

Heinrich-Böll-Stiftung, Ingrid Spiller, Referentin für Internationale Politik, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 28534-04, Fax -109  
eMail: [spiller@boell.de](mailto:spiller@boell.de)  
[www.boell.de](http://www.boell.de)

Literatur: Virginia Roaf, After Privatisation: What Next? An assessment of recent World Bank strategies for urban and sanitation services, Global Issue Papers 26, 47 Seiten, Berlin, 2006; Hrsg./Bezug: Heinrich-Böll-Stiftung

<sup>1</sup> Dieser Bericht erschien ursprünglich in einer Hintergrund-Ausgabe zu Multilateralen Umweltentwicklungen des Informationsbriefs Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E). Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung.

## Neue Richtlinie zur Badegewässerqualität

### Umsetzung in nationales Recht bis März 2008

Die neue Richtlinie über die Qualität der Badegewässer tritt am 24. März in Kraft, nachdem sich das Europäische Parlament und der Ministerrat im Januar im Vermittlungsausschuss geeinigt hatten. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre bis März 2008 Zeit die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Die neue Richtlinie ersetzt eine bestehende Richtlinie aus dem Jahr 1976. 2015 treten dann neue Gesundheitsstandards in Kraft, die durch die neue Richtlinie eingeführt werden.

### Messung deutlich vereinfacht

Die Messung der Wasserqualität wird durch die neue Richtlinie deutlich vereinfacht. Der Fäkalgehalt wird in Zukunft statt durch bisher 19 Parameter nur noch durch zwei Parameter ermittelt, die sich als wissenschaftlich relevant erwiesen haben.

### Die Richtlinie hat drei zentrale Punkte:

**1. Strengere Grenzwerte:** Statt bisher drei Kategorien für die Wasserqualität wird es in Zukunft vier Kategorien geben - „ausgezeichnet“, „gut“, „ausreichend“ und „unbefriedigend“. Die Grenzwerte wurden jedoch in allen Kategorien deutlich angehoben, so dass das Gesundheitsrisiko von 12 auf 8 Prozent, also um ein Drittel zurückgehen wird.

**2. Verbesserung der Information:** In der gesamten EU werden einheitliche Zeichen für die Wasserqualität eingeführt. Die aktuellen Wasserqualitätsstände können im Internet abgerufen werden.

**3. Epidemiologische Entwicklungen:** Bis Ende 2008 wird die EU-Kommission einen Bericht vorlegen, in dem neue epidemiologische Erkenntnisse im Zusammenhang mit Badegewässern untersucht werden. Dabei sollen erstmals auch Erkenntnisse über Viren einfließen.

### Neue Klasse: „Unbefriedigend“

Nach der neuen Richtlinie gibt es vier Qualitätskategorien von „ausgezeichnet“ bis „unbefriedigend“. Badegewässer mit unbefriedigender Wasserqualität werden alle zwei Jahre, Badegewässer mit besserer Klassifikation nur alle drei bis vier Jahre, überprüft. Badegewässer, deren Qualität die über fünf Jahre hinweg als unbe-

friedigend klassifiziert wurde, müssen damit rechnen mit einem Badeverbot belegt zu werden.

### Informationspflicht liegt bei Mitgliedstaaten

Die EU-Mitgliedstaaten müssen über die Qualität der Badegewässer informieren, zum einen durch Zeichen an den Badestellen zum anderen über die Veröffentlichung der Ergebnisse der Qualitätsuntersuchungen im Internet. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Bericht Nr. A6-0415/2005 des Europäischen Parlaments:  
[www.google.de/  
search?q=A6-0415/2005](http://www.google.de/search?q=A6-0415/2005)

Quelle: Environment Daily, 8.3.2006

## Debatte über Grundwasser-Richtlinie

### Zweite Lesung im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament hat Ende Februar in zweiter Lesung über die neue Grundwasser-Richtlinie<sup>1</sup> sowie Verbesserungen an dem vorliegenden Gesetzestext debattiert. Alle Parlamentarier/innen waren sich einig über einen Nitrat-Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter Grundwasser, der auch für Gebiete gelten soll, die nach der Nitrat-Richtlinie<sup>2</sup> als empfindlich eingestuft werden. Der Ministerrat trat nach der ersten Lesung für flexiblere Auslegung der Grenzwerte ein.

### Absoluter Standard oder regionale Grenzwerte?

Debattiert wurde vor allem darüber, ob die Einführung eines EU-weiten Standards aufgrund der unterschiedlichen geologischen Verhältnisse sinnvoll ist. Einige Abgeordnete verneinten dies, während andere sich auf die eindeutigen WHO-Trinkwasserstandards beriefen. Das Parlament bestehe nicht grundsätzlich auf einer EU-einheitlichen Lösung, sagte die Europaparlamentarierin Christa Klass (CDU), es solle aber zumindest erst einmal versucht werden gleiche Positionen zu finden.

### Vorläufige Umsetzung in Mitgliedstaaten

Die Mitgliedstaaten sind gegenwärtig aufgefordert nationale Standards für insgesamt neun Schadstoffe festzulegen. Diese Standards sollen zu einem späteren Zeitpunkt auf EU-Ebene harmonisiert und angeglichen werden.

Zusätzlich wurde das Auslaufen der Richtlinie 2018 diskutiert. Man verspricht sich davon, die Standards dann höher setzen zu können. Allerdings warnten einige Parlamentarier/innen vor einem umgekehrten Effekt. Es wird erwartet, dass die Grundwasser-Richtlinie im Juni vom Parlament verabschiedet wird. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 23.2.2006

<sup>1</sup> Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung (19.9.2003)

<sup>2</sup> Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen

## Aktionsplan zur Rettung der Ostsee beschlossen

### Jahrestagung der Helsinki-Kommission

Auf ihrem jährlichen Treffen im März haben die neun Mitgliedstaaten der Helsinki-Kommission (HELCOM), das Aufsichtsgremium des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets und die EU die Schlüsselemente eines Aktionsplans zur Rettung der Ostsee beschlossen. Die Delegierten verständigten sich auf eine einheitliche Vision einer „gesunden Ostsee“. Dazu legten die HELCOM-Mitgliedstaaten und die EU strategische Ziele und ökologische Richtwerte fest, die erreicht werden sollen und die Vision der „gesunden Ostsee“ kennzeichnen.

### Erstmals Ökosystem-Ansatz

Im Gegensatz zu vorangegangenen Maßnahmen, die Verschmutzung als Ereignis betrachteten und diese sektorweise einzeln angingen, ist das neue Aktionsprogramm zum ersten Mal durch einen ökosystemaren Ansatz geprägt. Das neue Aktionsprogramm ist deutlich von einem gemeinsamen Verständnis der Ostseeanrainerstaaten von einem Meer mit gutem ökologischem Gleichgewicht geprägt. Die Rolle der Anrainerstaaten zur Minderung von Verschmutzung und menschlichen Eingriffen ist eine deutlich aktivere als in vorangegangenen Programmen.

### EU sagt Unterstützung zu

Die Europäische Kommission nannte das Aktionsprogramm einen Meilenstein für weitere Aktivitäten im Ostseeraum. Das Programm stehe im völligen Einklang mit der EU-Meereschutzstrategie (EUR 12.05/01.06, S. 38), die im Oktober 2005 von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde. Das Aktionsprogramm werde ein Instrument der Umsetzung der EU-Meeresstrategie im Ostseeraum sein, so der EU-Gesandte der Generaldirektion Umwelt. Er versprach weiterhin, die Entwicklung des Aktionsprogramms tatkräftig zu unterstützen.

### Nächste Schritte: Expertentreffen

HELCOM wird nun die verschiedenen Maßnahmen benennen, um die ökologischen Richtwerte zu erreichen. Dazu werden Expertentreffen zu vier thematischen Schwerpunkten abgehalten: Nährstoffeintrag, gefährliche Stoffe, Biodiversität und Schiffsverkehr. Es wird erwartet, dass HELCOM den Aktionsplan nach Abschluss

aller Beratungen im März nächsten Jahres annehmen kann. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (HELCOM)  
[www.helcom.fi](http://www.helcom.fi)

Vorschlag für eine Meeresstrategie-Richtlinie:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/water/marine/dir\\_505\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/water/marine/dir_505_de.pdf)

Quelle: Environment Daily, 9.3.2006; HELCOM Pressemitteilung, 9.3.2006

### Hilfe für die Fischereiflotte

#### EU-Kommission nimmt Mitteilung an

Eine im März angenommene Mitteilung der Europäischen Kommission stellt Maßnahmen vor, die zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Fischereisektor führen sollen. Innerhalb von zwei Jahren können die Mitgliedstaaten Anträge auf Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen stellen. Unter Umständen kann auch finanzielle Hilfe für die Modernisierung und die Maschinenausstattung der Schiffe genehmigt werden.

#### Sektor langfristig stärken

Förderfähig sind des Weiteren eine erste Umstellung der Fanggeräte auf eine Kraftstoff sparende Fangmethode, der Erwerb von Ökonometern zur Verbesserung der Kraftstoffeffizienz und der Einsatz neuer Schiffsmotoren, wenn deren Leistung nicht höher als die der alten ist. Langfristig zielt die Kommission nach eigenen Worten auf eine produktive, rentable und nachhaltige Fischerei ab, die durch weitere Maßnahmen und Initiativen zusammen mit den Mitgliedstaaten erreicht werden soll. Darunter fallen u. a. eine verschärfte Kontrolle zur Bekämpfung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei, verbesserte Marktmechanismen zur Steigerung der wirtschaftlichen Erträge aus dem Fischfang sowie die Erforschung energieeffizienter und umweltfreundlicher Fangtechniken.

#### WWF: Überfischung wird gefördert

Der WWF kritisierte, dass die Modernisierung von Maschinen ein Verstoß gegen die Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik sei und bei unsachgemäßer Durchführung zu weiterer Überfischung führen könne. Die europäische Fischereiwirtschaft schreibt bereits seit längerem rote Zahlen, die Fischbestände gehen zurück und die Fangquoten sinken. Zusätzlich treibt der steigende Erdölpreis die Kosten in die Höhe. Laut WWF leiden bis zu 80 % der europäischen Fischbestände unter Überfischung. Auch durch unabsichtlichen „Beifang“ sind verschiedene Fischarten in ihrem Bestand gefährdet.

Nach Ansicht des WWF können die Fischbestände nur durch eine Senkung der Kapazitäten der europäischen Fischereiflotte nachhaltig gesichert werden. (db) ■

### • Weitere Informationen

WWF, Carol Phua, Policy Officer Fischerei, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 7400928  
eMail: [cphua@wwfepo.org](mailto:cphua@wwfepo.org)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

Mitteilung der EU-Kommission (PDF-Download):  
[www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/en/com/2006/com2006\\_0103en01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/en/com/2006/com2006_0103en01.pdf)

### Newsticker

#### UN-Protokoll zu Meeresabfällen in Kraft

Am 24. März ist das UN-Protokoll vom 7.11.1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 in Kraft. Dies wurde möglich, nachdem Mexiko das Protokoll als 26. Staat ratifiziert hatte. Vorangegangene Abkommen erlaubten die Verklappung sämtlichen Mülls mit Ausnahme bestimmter gesondert gelisteter Abfälle. Das UN-Protokoll von 1996 sieht erstmals ein generelles Verbot der Verklappung vor. Allerdings bestehen auch hier einige Ausnahmen. Danach ist das Einbringen von Abfällen wie Klärschlamm, Fischereiabfälle, inaktives geologisches Material und sperrige Abfälle auf Eisen, Stahl oder Beton weiterhin erlaubt. Die Vertragsstaaten des Protokolls werden nun genauer dessen Vereinbarkeit mit der Unter-Wasser-Kohlenstoffsequestrierung (CO<sub>2</sub>-Einlagerung) überprüfen, sagte ein Sprecher der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation IMO. (ng)  
Quelle: Environment Daily, 24.2.2006

#### Statistik: Wasserversorgung und Abwasserbehandlung in der EU

Das EU-Statistikamt EUROSTAT hat neue Daten von 2002 über die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbehandlung in der EU vorgestellt. Zwischen 70 und 100 Prozent der europäischen Haushalte sind an die öffentliche Wasserversorgung und durchschnittlich 90 Prozent der Haushalte an das öffentliche Abwasser-Netz angeschlossen. 14 Prozent der Abwässer werden nicht gesammelt oder trotz Sammlung nicht behandelt. Die meisten gesammelten Abwässer erhalten in der EU zunächst eine physikalische und/oder chemische Behandlung (primäre Behandlung) und dann eine biologische (sekundäre Behandlung). Der biochemische Sauerstoffbedarf, der über die Wasserqualität Auskunft gibt, sinkt im ersten Schritt um 20, im zweiten um mindestens 70 Prozent. In Deutschland, Schweden, den Niederlanden und Finnland werden über 80 Prozent der Abwässer in einer tertiären Behandlung weiter gereinigt. In den neuen EU-Mitgliedstaaten ist die Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgung noch nicht so weit ausgebaut. (ng)  
Quelle: EU Pressemitteilung STAT/06/37, 21.3.2006  
■

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese Termine im Internet:  
www.dnr.de/termine  
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:  
www.dnr.de/terminlinks  
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

2./3.5., London

### **Nanopartikel für die europäische Industrie**

Konferenz; Institute of Nanotechnology, Gemma McCulloch  
gemma@nano.org.uk  
www.nano.org.uk

17./18.5., Barcelona, Spanien

### **Neue Wasserpolitik - Die Wasserrahmenrichtlinie**

Symposium; Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall  
Tel. 02242 / 8721-89, Fax -35  
ewa@dwa.de  
www.ewaonline.de/pages/workshops.htm

17.-19.5., Delft, Niederlande

### **Enviowater 2006**

Konferenz; Enviowater-Konferenzbüro  
Tel. 0031 / 748-3849, Fax -2166  
enviowater2006@wur.nl  
www.wau.nl/rpv/isomul/enviowater2006

30./31.5., Odense, Dänemark

### **Bio-Landbauforschung**

EU-Tagung; Danish Research Centre For Organic Farming (DARCOF), Claus Bo Andreasen, Foulum  
Tel. 0045-89991035, Fax -40798032  
clausbo.andreasen@agrsci.dk  
www.organic-congress.org

5.-7.6., Rhodos, Griechenland

### **Umweltprobleme in Küstenregionen**

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Charlotte Bartlett  
Tel. 0044 / 2380293223  
cbartlett@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/coast06

11.-14.6., Arendal, Norwegen

### **Integriertes Küstenzonenmanagement**

Internationales Symposium; Institute for Marine Research of Norway  
Tel. 0047 37 / 05900-0, Fax -1  
iczm2007@imr.no  
www.imr.no/iczm

12.-16.6., Göteborg, Schweden

### **Transport Research Arena Europe 2006**

Erste Europäische Forschungskonferenz zum Straßenverkehr; EU-Kommission; Tagungsbüro:  
Tel. 0046 31 / 7742-628, Fax -730  
info@traconference.com  
www.traconference.com

14.-16.6., Grenoble, Frankreich

### **Nanobiotechnologie in Europa**

Konferenz; Commissariat à l'Energie Atomique (CEA)  
Tel. 0033 4 / 3878-3854, Fax -5164  
patrick.boisseau@cea.fr  
www.nanobio-europe.com

Mitte Juni - Anfang August, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Italien

### **Ecotopia Biketour 2006**

Selbstorganisierte Internationale Fahrradtour; European Youth For Action (EYFA), Amsterdam  
Tel. 03120-6657743, Fax -6928757  
info@worldcarfree.net  
www.thebiketour.net

20.-23.6.2006, Nyborg, Dänemark

### **Eutrophierung in Küstenregionen - Forschung und Management**

Symposium; Danish Environmental Protection Agency  
Tel. 0045 / 65313-131, Fax -701  
nyborgstrand@nyborgstrand.dk  
eutro2006@dhi.dk

21.-23.6., Malta

### **Umwelt und Abfallbeseitigung**

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Katie Banham  
Tel. 0044 / 238029-3223, Fax -2853  
kbanham@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/waste06

29.6.-1.7., Porto, Portugal

### **Bürgerschaft - Diskurs und Praxis**

Konferenz; Fernando-Pessoa-Universität  
Tel. 00351 / 225-071300, Fax -508269  
pdias@ufp.pt  
www.ufp.pt/page.php?intPageObjId=14469&PHPSESSID=

13.-17.7., Wollongong/Sydney, Australien

### **GIS und Computerkartographie für Küstenzonen**

Internationales Symposium; Universität Wollongong  
Tel. 0061 24221 / 3555  
rfurness@ozemail.com.au  
www.coastgis.org

13.-19.8., Hamburg

### **24. Internationaler Ornithologen-Kongress (IOS)**

Vogelwarte Helgoland, Wilhelmshaven  
Tel. 04421 / 9689-0, Fax -55  
eMail: ifv@ifv.terramare.de  
www.i-o-c.org

20.-26.8., Wien

### **ISME 11 - Mikrobielle Ökologie**

Symposium; ISME-Kongressbüro  
Tel. 04122-9080488, Fax -7322850  
isme@kenes.com  
www.kenes.com/isme

4.-6.9., Bologna, Italien

### **Gewässerverschmutzung - Modellierung, Kontrolle, Management**

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Charlotte Bartlett  
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853  
cbartlett@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/water06

6.-8.9., Bologna, Italien

### **Nachhaltiger Tourismus 2006**

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Rachel Green  
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853  
rgreen@wessex.ac.uk  
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/tourism06

12.-14.9., Brüssel

### **Europäische Erneuerbare-Energien-Politik**

Konferenz; Europäischer Rat für Erneuerbare Energien (EREC)  
Tel. 0032 / 254619-33, Fax -34  
conference@erec-renewables.org  
www.erec-renewables.org

18.-20.9., Gdansk, Polen

### **Innovationen und Initiativen an der Küste**

Konferenz; Technische Universität Gdansk  
Tel. 0048 58 / 34-72455, Fax -86024  
littoral@zie.pg.gda.pl  
www.littoral2006.gda.pl  
(db, ez) ■

## Internetseite vernetzt junge Umweltschützer/innen

Zusammen mit dem Umweltnetzwerk YEE (Youth and Environment Europe) hat die Naturschutzjugend (Naju) das Internetprojekt „eurotope.net“ entwickelt. Durch die von der EU geförderte Internetseite sollen Jugendliche aus ganz Europa über die Themen Natur- und Umweltschutz vernetzt werden. Drei inhaltliche Schwerpunkte machen die Seite aus. Unter „My country“ stellen umweltbewegte Jugendliche aus Europa in einem Interview sich, ihr Land und ihre Organisation vor. Ein Klick auf „Eco-Topics“ führt zu Informationen über globale Umweltthemen wie Klimaveränderung oder Biodiversität. Die Rubrik „Best practice“ bietet Beispiele zu erfolgreichen Umweltprojekten, die andere inspirieren sollen. Das Projekt läuft noch bis September. (db) ■

### • Weitere Informationen

[www.eurotope.net](http://www.eurotope.net)

## Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB): [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

Titel/Thema	Ausgabe
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

## EU-Sitzungstermine

Österreichische Ratspräsidentschaft  
1. Halbjahr 2006 (1.1.-30.6.)

### Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

#### April

- 10./11.\* Allgemeiner Rat der Außenminister  
25.\* Landwirtschaft und Fischerei  
27./28.\* Inneres und Justiz

#### Mai

5. Wirtschaft und Finanzen  
15./16. Allgemeiner Rat der Außenminister  
18./19. Erziehung, Jugend und Kultur  
22./23. Landwirtschaft und Fischerei  
29./30. Wettbewerb

#### Juni

- 1.-3.\* Inneres und Justiz  
1.-3.\* Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz  
7.\* Wirtschaft und Finanzen  
8./9.\* Telekommunikation, Energie  
12./13.\* Allgemeiner Rat der Außenminister  
15./16. Europäischer Rat (Gipfel)  
19./20.\* Landwirtschaft und Fischerei  
26./27.\* Allgemeiner Rat der Außenminister  
26./27.\* Umwelt  
29.\* Wettbewerb  
\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

- 3.-6.4., 26.-27.4.\*,  
15.-18.5., 31.5.\*,  
1.6.\*, 12.-15.6.,  
3.-6.7.,  
4.-7.9., 25.-28.9.,  
11.-12.10.\*, 23.-26.10.,  
13.-16.11., 29.-30.11.\*,  
11.-14.12.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)  
(mb) ■

#### Neuer Service

#### Hintergrundinformationen zu den Tagesordnungen der EU-Ministerräte

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings möchte Sie auf einen neuen Service aufmerksam machen.

Mit kurzen Hintergrundinformationen wollen wir Sie über umweltrelevante Themen auf den Tagesordnungen der verschiedenen EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates informieren.

Wenn Sie Interesse haben diese digitalen Hintergrundinformationen zu erhalten, wenden Sie sich bitte an

Christina Drees  
Tel. 030 / 443391-38  
eMail: eur3@dnr.de

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

#### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):  
[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Österreichische Ratspräsidentschaft:  
[www.eu2006.at](http://www.eu2006.at)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen: DNR, EU-Koordination, Nika Greger, Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-86  
eMail: [nika.greger@dnr.de](mailto:nika.greger@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[http://wwwdb.europarl.eu.int/ep/owa/p\\_calses.plenary?ilg=DE](http://wwwdb.europarl.eu.int/ep/owa/p_calses.plenary?ilg=DE)

## Umweltausschuss-Sitzungen

Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments 2006

#### April

- (18.4. 15-18.30 Uhr)  
(19.4. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr)  
24.4. 15-18.30 Uhr  
25.4. 9-12.30 Uhr

#### Mai

- 3.5. 15-18.30 Uhr  
4.5. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
29.5. 15-18.30 Uhr  
30.5. 9-12.30 Uhr

#### Juni

- 20.6. 15-18.30 Uhr  
21.6. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

#### Juli

- 12.7. 15-18.30 Uhr  
13.7. 9-12.30 Uhr  
13.7. 15-18.30 Uhr

#### September

- 13.9. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr  
14.9. 9-12.30 Uhr

#### Oktober

- 3.10. 15-18.30 Uhr  
4.10. 9-12.30 Uhr, 15-18.30 Uhr  
10.10. 9-12.30, 15-18.30 Uhr

#### November

- 20.11. 15-18.30 Uhr  
21.11. 9-12.30, und 15-18.30 Uhr  
27.11. 15-18.30 Uhr  
28.11. 9-12.30 Uhr

#### Dezember

- (20.12. 15-18.30 Uhr)

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt. Die Termine in Klammern sind vorbehaltliche Termine.

Quelle:

[www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2006.pdf](http://www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2006.pdf)

■

#### Hinweis

Der EU-Wegweiser erscheint wieder im nächsten Heft.

## Verweise auf frühere EU-Rundschreiben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Aktuell informiert per eMail

### [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

Für Rundschreiben-Abonent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik, verschiedenen EU-Ländern und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## EU-Rundschreiben im Internet

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## EU-Koordination des DNR im Internet

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Auf der Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über unsere laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

## Hintergrundinformationen zu EU-Ministerratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir per eMail über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonent/innen und DNR-Mitglieder können bei der Redaktion bestellen.

## Unsere weiteren Publikationen

### Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden Ihnen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet:

[www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)  
[www.dnr.de/drbr](http://www.dnr.de/drbr)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle das EU-Rundschreiben ab Ausgabe:

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

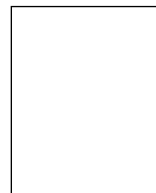
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Kontonummer: Bankleitzahl:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin